

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 272 · 23. JAHRGANG · AUSGABE 9/2017 VOM 12. SEPTEMBER 2017 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Eine Straße,
die niemand braucht**
Gedanken zur B167-neu (Teil 6)

7-10 | **Für den Frieden,
gegen Fluchtursachen**
Abschiebungsstopp gefordert

12 | **Leidkultur**
Eine Legitimation der Herrschaft

»Schiffe versenken« mit Minister Gerber?

Anmerkungen zu einem Interview* des Brandenburgischen Wirtschaftsministers

Der Minister ist es leid, mit Blick auf die Forderung nach Reduktion des CO₂-Ausstoßes und einem definitiven Termin für den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung die Debatte fortzuführen, der es an »Ehrlichkeit« fehle, die »von kindischen Annahmen« ausgehe und »intellektuell erbärmlich« sei. »Wer das schnellste Ausstiegsdatum nennt, ist der Gute und alle anderen sind die Bösen.« Das ist unter dem vom Minister geforderten Niveau und man ist gespannt, wie er seinen Anspruch auf ein höheres Argumentationsniveau einlöst. Wendet man sich nun seinen Antworten auf die klaren Fragen zur Energie- und Klimapolitik des Landes Brandenburg zu, dann stößt man eher auf intellektuelle Rohrkrepierer als auf ein brillantes Feuerwerk von zündenden Argumenten.

»Reinen Herzens« wird da eingeräumt, daß das Land Brandenburg zwar das selbstgesetzte Ziel von 72% Reduktion des CO₂-Ausstoßes bis zum Jahr 2030 verfehlt, aber im Gegensatz zu anderen Bundesländern die für den Bundesschnitt gesetzte Marke von 55% schaffen werde. Daß das Land wegen der Braunkohleverstromung überproportional am CO₂-Ausstoß beteiligt ist, woraus sich auch Verpflichtungen zu einer überproportionalen Reduktion ergeben, wird bauernschlau mit dem Hinweis umgangen, das Land habe mehr Verkehr und Wirtschaftswachstum zu verzeichnen als erwartet und der Einsatz von CCS – der Abscheidung und Einlagerung von CO₂ in Jämschwalde – war politisch nicht durchsetzbar. Ja, dumm gelaufen, so ein Pech aber auch! Gerber hält dennoch an der CCS-Technologie fest und ist »überzeugt, daß wir international auf CCS nicht verzichten können...« Schon hat der Provinzprinz als Global Player wieder Oberwasser!

Gefragt, weshalb das Land nicht auf eine andere Verkehrspolitik setze, lobt Gerber den Verkehrsverbund mit Berlin, verweist darauf, daß im Flächenland Pendler ein großes Verkehrsaufkommen erzeugen und aufgrund der Online-Bestellungen die Lieferfahrten zunehmen. Kurz,

»wir als Bürger tragen dazu bei, daß das nicht funktioniert«. Hier gelingt es dem Minister, ganz echter Wahrheitsfreund, das Scheitern seiner Verkehrspolitik zu konzedieren, dies aber zugleich den Bürgern anzulasten. Geistig hat er sich da auf seinem intellektuellen Höhenflug unbemerkt verkehrspolitisch bereits verabschiedet.

Auf ähnlichem Niveau bewegen sich auch seine Aussagen zum Braunkohleausstieg. Statt darüber nachzudenken, welche strukturpolitischen Entscheidungen jetzt anstehen, um einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung zu ermöglichen, warnt Gerber vor der Gefahr, »zu früh auf die Braunkohle zu verzichten«, da »fehle dann die für unser Land überlebenswichtige verlässliche Stromversorgung«. Und altklug fügt er hinzu: »Wir dürfen das Schiff nicht versenken, bevor wir das sichere Ufer erreicht haben«. Da ist man versucht, dem Minister zuzurufen: »Wir spielen hier doch nicht Schiffe versenken, bitte zur Sache!«

Was dann folgt, ist der alte kalte Kaffee, den man aus dem letzten Jahrzehnt gewohnt ist. Die Erneuerbaren seien unzuverlässig, der Strom würde nicht da anfallen, wo er gebraucht werde und der Widerstand von Bürgern und Umweltverbänden sei »nach der Rechtslage nicht zu vermeiden«. Da wird über die Ausgleichszahlungen für Redispatchmaßnahmen (EEG) geklagt, ohne nach den Ursachen der Überlastung des bestehenden Netzes zu fragen, da wird von »planwirtschaftlicher Mikrosteuerung« im Energiesektor gesprochen, ohne auf die oligopolistische Struktur des Stromerzeugungs- und -übertragungssystems einzugehen.

Den Vogel schießt er am Ende mit dem Hinweis ab: »Eine Lösung erfordert neue technologische Entwicklungen wie etwa den Einsatz von CCS-Technologie offshore«. Das ist kein Ladenhüter aus dem letzten Jahrzehnt, nein, hier ist der Minister seiner Zeit weit voraus.

HARTMUT LINDNER

* in der SZ vom 16.8.2017

Die Schwärze-Biber fühlen sich wohl

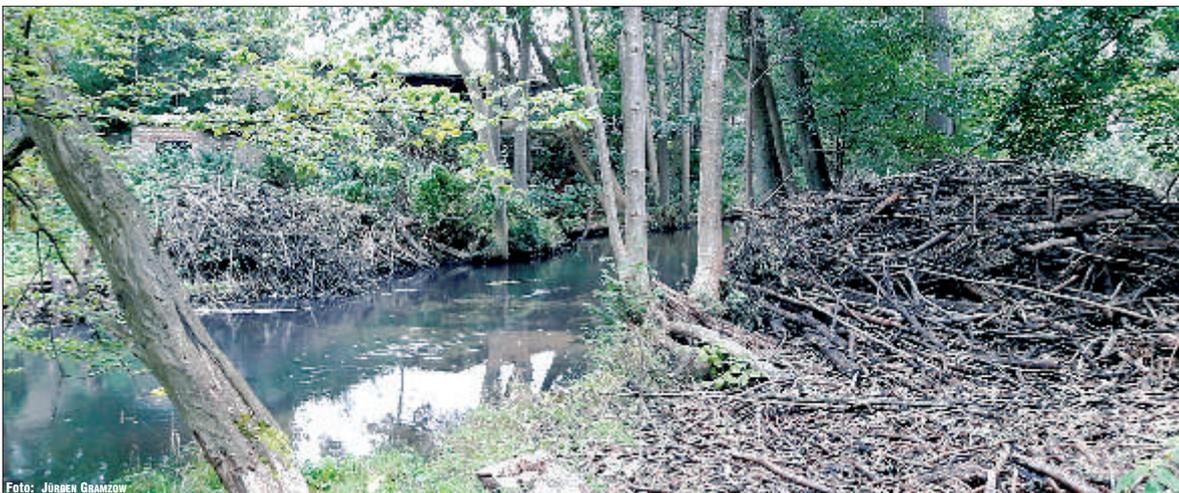


Foto: JURGEN GRAMZOW

BIBER BAUT AUF ...
STADT REIßT EIN ...
USW. USF.

Politische Räume

Politische Räume sind Territorien, in denen politische Entscheidungen gelten. Die Wahlentscheidung gilt für den Wahlkreis, die Gemeindeordnung für das Gebiet der Gemeinde, das Grundgesetz für die Bundesrepublik, der Vertrag von Lissabon für die Europäische Union und der Weltklimavertrag von Paris für den größten Teil der Erde. Man nennt sie trotzdem Räume, weil es auch Bodenschätze und Luft Räume gibt, die politischen Entscheidungen unterworfen sind. Politische Entscheidungen regeln das Zusammenleben der Menschen, die in dem jeweiligen Territorium leben. Ein politischer Raum ist eine Ortsbezeichnung.

In Eberswalde hat man eine besondere Variante des politischen Raumes entdeckt. So hört man von den Abgeordneten und liest im Echo, daß Entscheidungen »im politischen Raum« getroffen wurden. Man sollte nicht annehmen, daß es im Rathaus ein besonderes Zimmer gibt, den verborgenen politischen Raum sozusagen. An Volksbefragungen auf dem Territorium der Stadt Eberswalde kann sich niemand erinnern – von gewissen Bürgermeisterabwahlen abgesehen.

Wo befindet sich also der politische Raum, indem die politischen Entscheidungen fallen? Entscheidet man politische Angelegenheiten auf dem Marktplatz während der Frühstückskonzerte oder im Alten Walzwerk gemeinsam mit dem Talereinwerfen beim Bürgerhaushalt?

Oder verkennen die Kanaldeutschen schlicht den Unterschied zwischen Dativ und Akkusativ? Dieser politische Raum, in dem die Entscheidungen fallen, ist wohl ein hilfloser bildlicher Ausdruck für das weit verbreitete Unbehagen, das entstanden ist, weil niemand nachverfolgen kann wann, warum, wie und von wem, welche politische Entscheidungen getroffen werden. Selbst die Beteiligten wissen es nicht so richtig und reden vom dimensionslosen politischen Raum. Sie drücken so ihre deprimierende Hilflosigkeit aus. Vielleicht wollen sie diesen unbefriedigenden Zustand bekannt machen und beenden.

Packen wir es an. Politische Entscheidungen betreffen öffentliche Angelegenheiten und müssen deshalb auch öffentlich verhandelt werden, sonst schwimmt die Herkunft der Entscheidungen im Nebel des politischen Raums. Die Menschen verlieren dann den Einfluß auf die Entscheidungen, von denen sie betroffen sind und das Vertrauen in die Art und Weise der Meinungsbildung. Verantwortung ver-schwimmt. Zuständigkeiten vernebeln. Keiner weiß, was das soll, alle machen mit und das mit ganzer Kraft.

Außerdem sollten die Menschen die jeweiligen öffentlichen Entscheidungen auch kennen und verstehen. Politische Entscheidungen müssen deshalb klar formuliert sein. Solche Entscheidungen sind aufwendig, brauchen viel Zeit und Kraft sowie kluge Leute.

Dr. MANFRED PFAFF

Kreisgebietsreform – Nein! oder Nein?

Die Regierung des Freistaates Thüringen hat angekündigt, die dortige Kreisgebiets- und Gemeindereform verschieben zu wollen. Ist das der Einstieg in den Ausstieg? Jedenfalls ist es wohl das Eingeständnis, daß das Vorhaben wohl noch einmal gründlich überdacht werden sollte.

Auch die Landesregierung Brandenburg hat ja das Vorhaben nicht nur zeitlich gestreckt, sondern auch inhaltlich erheblich reduziert oder »eingedampft«, wie es ein Redakteur formuliert hat. Aber sie hält an dem Vorhaben fest, allen guten Argumenten und jeder Vernunft zum Trotz. Selbst ein erfolgreiches Volksbegehren, so der Minister, wird sie nicht davon abbringen. Er rechnet wohl damit, daß die dafür erforderlichen 80.000 Unterschriften (die »auf dem Amt« zu leisten sind!) nicht zusammenkommen. Da kann er recht haben. Ich jedenfalls hoffe auf ein klares Votum der Bürger dieses Landes schon bis Weihnachten. Wir haben unwiderlegbare Argumente, die nachweisen, daß wir diese Reform nicht nur nicht brauchen sondern daß sie uns sogar schaden würde. Hier nur wenige Beispiele:

Die geplante Neuorganisation ist mit erheblichen Kosten verbunden, das mußte selbst der Minister einräumen. Einen Nachweis zum (vielleicht) späteren Nutzen ist er schuldig geblieben. Der Nutzen ist offensichtlich nicht nachweisbar, wie Erfahrungen aus Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern bewiesen haben.

Die größeren Kreisverwaltungen agieren dann nicht nur inhaltlich, sondern auch räumlich in größerer Entfernung vom Bürger. Die Folge sind nicht nur weitere Wege für die Bürger sondern auch ein erheblicher Verlust an Demokratie.

Der Minister hat versucht, das Argument der längeren Wege für die Bürger dadurch zu widerlegen, daß er auf die dann umfangreicheren Aufgaben der Verwaltungen vor Ort verwiesen hat. Jetzt stellt sich heraus, daß es die umfangreiche Verlagerung von Zuständigkeiten von »oben« nach »unten« gar nicht geben wird. Um den Bürgern trotzdem längere Wege zu ersparen, wird jede neue Kreisverwaltung Außenstellen schaffen müssen – und die kosten natürlich zusätzlich Geld.

Die permanenten Korrekturen und angeblichen Nachbesserungen bei den Zielen offenbaren, daß das gesamte Vorhaben alles andere als gut durchdacht ist. Trotzdem wird die Landesregierung nicht müde, den Bürgern die Reformpläne erklären zu wollen. Ein schlechtes

Konzept wird aber nicht dadurch besser, daß man es »erklärt«. Auch Faltblätter, selbst wenn sie das zwingend notwendige Impressum enthalten – diese »Panne« ist beispiellos! (vgl. BBP 8/2017) – können an der mißlichen Situation nichts ändern.

Die gesamte bisherige Vorgehensweise, die landesweit heftiges Kopfschütteln verursacht hat, offenbart einen großen rosaroten Scherbenhaufen. Bereits lange sichtbare Beweise für eine verfehlte Politik sind die gescheiterten Reformen von Polizei, Schulen und Forst.

Es ist zweifellos richtig, daß die Landesregierung natürlich die Aufgabe zu lösen hat, eine effektive und bürgerfreundliche Verwaltung zu organisieren. Damit muß sie im eigenen Hause anfangen und dann durchsetzen, daß dem Wildwuchs der aufgeblähten Kreis- und Kommunalverwaltungen ein Riegel vorgeschoben wird. Die rosa-roten Koalitionäre unter Führung der Herren Dr. Woitke und Schröter haben bewiesen, daß sie dazu nicht fähig sind.

Mir graut vor der Vorstellung, daß die Bürger nun landesweit auf die Parolen der derzeitigen schwarzen und grünen »Opposition« hereinfallen. Es war Herr Schönbohm, der als Innenminister in einer schwarz-roten Landesregierung mit einer Gemeindereform angefangen hat, deren Notwendigkeit und Effektivität auch nach mehr als zehn Jahren nicht nachgewiesen werden konnte. Und nun sollen wir den »Schwarzen« glauben, wenn sie bei den jetzigen Reformplänen auf Opposition machen?

JOHANNES MADEJA

Volksbegehren »Bürgernähe erhalten – Kreisgebietsreform stoppen«

Das Volksbegehren kann durch alle stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger (ab vollendetem 16l Lebensjahr) seit dem 29. August 2017 bis zum 25. Februar 2018 durch Eintragung in die ausliegenden Eintragungslisten oder durch briefliche Eintragung auf den Eintragungsscheinen unterstützt werden. Die Listen liegen in den Melde- und Bürgerämtern der Städte, Gemeinden und Ämter zu den angegebenen Öffnungszeiten aus. Melde-scheine können dort beantragt werden.

Bürgerstiftung gefördert

Eberswalde (bbp). Die Bürgerstiftung Barnim Uckermark bekommt aus dem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung eine Förderung in Höhe von 5.500 Euro für das Projekt »Interkultureller Zirkus«. Das Bundesprogramm fördert ländliche Regionen durch die Unterstützung wichtiger Vorhaben, um attraktive Lebensräume zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Gegen das Vergessen

Bernau (bbp). Auf Einladung der Linken trafen sich am Internationalen Gedenktag für die Opfer des Faschismus am 10. September 2017 zahlreiche Bernauer auf dem Bahnhofsvorplatz am Denkmal für die Opfer des Faschismus zu einer stillen Kranzniederlegung. »Wir wollen, daß die Gräueltaten von Faschismus und Krieg nicht in Vergessenheit geraten«, sagte Stadtvorstandsmitglied Margot Ziemann.

Diese B 167 neu brauchen wir nicht (Teil 6):

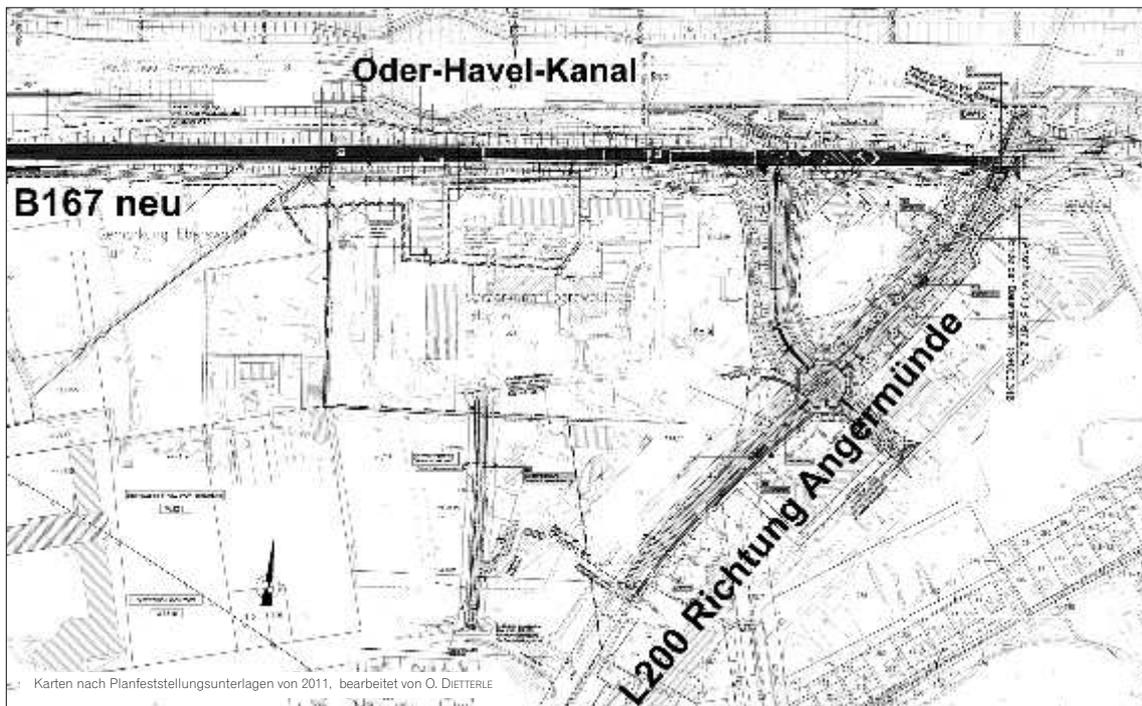
»Umgehung« durch die Innenstadt

In den vergangenen Monaten haben wir Ihnen die Planungen zur B 167 neu, 1. Bauabschnitt, abschnittsweise vorgestellt. Dieser 1. Bauabschnitt endet mit dem Knotenpunkt KP 5 an der L200 in Richtung Angermünde.

Begonnen haben wir an der Kaiserwegbrücke in Finowfurt, dem sog. Knotenpunkt 1 (KP 1). Hier treffen sich die B 167 alt, die B 198 und die Zu- bzw. Abfahrt ins Dorf Finowfurt. Die derzeitigen Zufahrten zu den Erholungsgebieten am Üdersee und zum Campingplatz bleiben erhalten. Damit und wegen der Hanglage wird dieser Knoten ein kompliziertes Gebilde und für die Straßenbauer eine echte Herausforderung, denn der Durchgangsverkehr Richtung Zerpenschleuse und Richtung Eichhorst kann ja während der Bau-phase nicht für längere Zeit gesperrt werden.

Die B 167 neu soll in diesem Abschnitt bis zur

neuen Autobahnauf- und -abfahrt nördlich der Havel-Oder-Wasserstraße über den Zeltplatz und unter der Autobahn durchgeführt werden. Auch hier sind größere Schwierigkeiten zu erwarten. Danach soll die B 167 neu über ein neues Brückenbauwerk schräg über den Oder-Havel-Kanal geführt werden und danach südlich des Kanals verlaufen. Die derzeitigen Zufahrten zum Üdersee und nach Lichterfelde über die Kanalbrücke im Zuge der Werbelliner Straße sind dabei zu berücksichtigen. Interessenten weisen wir hier auf die Ausgaben der »Bamimer Bürgerpost« ab Februar 2017, in denen der Streckenverlauf skizziert ist und auf die Besonderheiten hingewiesen wird. Zusammenfassend soll hier nur noch einmal erwähnt werden, daß ein Zugang zum Kanal nur noch an wenigen Stellen überhaupt möglich sein



Karten nach Planfeststellungsunterlagen von 2011, bearbeitet von O. DIETTERLE

wird. Die Straße selbst kann nur über die Knotenpunkte erreicht werden. Das trifft auch für den heute vorgestellten Abschnitt vom Britzer Knoten (KP4a) bis zur L200. Hier muß die neue Straße die Bahnlinie Berlin-Szczecin überqueren. Eine Nutzung der Uferzone des Kanals als Naherholungsgebiet ist danach nur noch eingeschränkt möglich. Das betrifft auch das im Zuge des Kanalausbaus neu entstandene Biotop im Bereich des ehemaligen Kanalbetts. Es ist offensichtlich, daß der Bau des Knotenpunkts 5 (KP5) an der Angermünder Chaussee auch erhebliche Auswirkungen auf die in diesem Bereich derzeit angesiedelten gewerblichen Unternehmen und die vorhandene Gebäudesubstanz haben wird.

Für heute abschließend soll nur noch erwähnt werden, daß der geplante Abschnitt der

neuen Straße an der L200, ehemals B2, endet. Für die Fortführung der Straße in Richtung Bad Freienwalde liegen noch keine Planungen vor. Mit Hinweis auf den Natur- und Landschaftsschutz sind hier erhebliche Raumwiderstände zu überwinden. Der Durchgangsverkehr, den ja die neue Straße aus der Stadt heraushalten soll, deshalb die irreführende Bezeichnung Ortsumgehung (OU), muß dann die bisherigen Straßen durch die Stadt nutzen: Breite Straße - Freienwalder Straße, unmittelbar an Rathaus und Kreisverwaltung vorbei. Das kann nicht gewollt sein, ist aber unvermeidbar, solange die Fortsetzung der B 167 neu östlich der L200 nicht »klar« und dann realisiert ist, vorzugsweise zeitgleich mit dem ersten Bauabschnitt.

OSKAR DIETTERLE und
JOHANNES MADEJA

Das Rohr und die verpaßte Chance

Heimlich, still und leise ist am 31. August 2017 endlich nach sechzehn Monaten Bauzeit und mehreren Terminverschiebungen in der Eberswalde Brunnenstraße in Höhe des Waldsolarheims ein Jahrhundertbauwerk vollendet worden. Niemand war zur Eröffnung der nun wieder in zwei Spuren zu befahrenden Brunnenstraße gekommen. Kein Bürgermeister, kein Landrat, nicht einmal ein Staatssekretär aus Potsdam wollte eine feierliche Eröffnung mit Zerschneiden eines Bandes zelebrieren. Dabei wäre es gerade in Wahlkampfzeiten für die drei genannten Persönlichkeiten wichtig,

ihre Parteikumpels zu unterstützen und zu zeigen: »Wir schaffen das« in Eberswalde. Es sollte doch Mut machen für ähnliche Großbaustellen wie z.B. den BER in Schönefeld.

Hier in Eberswalde ist der Erfolg der BRD-Verkehrspolitik sichtbar. Speziell, wie Planung, Bauausführung und geduldete Einschränkungen der Betroffenen im Straßenverkehrs wirkten. Ein Lehrbeispiel. Doch statt dieses Ereignis wirksam in den Wahlkampf einzubeziehen, werden an der Baustelle, wie an fast jedem Laternenmast, nur die üblichen Bilder von Kampfgrinsern aufgehängt.

Schade, die große Chance, das Verlegen eines Rohres als grandioses Jahrhundertbauwerk zu würdigen, ist von den Politikern verpaßt worden.

Aber vielleicht ist die Erklärung eine völlig andere. Ich konnte am 5. September um etwa 18 Uhr feststellen, daß die Bau-Ampel immer noch in Betrieb war, um die zwei freien Fahrspuren wechselseitig zu sperren. Am Morgen des 6. Septembers regelte die Ampel dort noch immer den Verkehr. Da entsteht schon die Frage: Wozu wurde dieses Bauwerk vollendet?

ARNO SPECHT 3

Radzählung Nr. 2

Eberswalde (bbp). Im Rahmen einer weiteren Verkehrszählung der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« am 7. September, von 9 bis 10 Uhr, an der Kreuzung Heegermühler/Triftstraße nutzten 10 Fahrradfahrer die Nordseite, 5 auf dem Radstreifen und 5 auf dem Fußweg, davon 2 in der falschen Richtung. Auf der Südseite gab es in der einen Stunde 14 Radfahrer, 10 auf dem Radstreifen und 4 auf dem Fußweg, davon 3 entgegen der Fahrtrichtung. Die ermittelten Zahlen ähneln denen der ersten Erhebung für die Morgenstunden. Am Nachmittag waren etwa doppelt so viele Radfahrer registriert worden. (BBP 8/21017)

Eine stichprobenhafte Zählung des Kraftverkehrs ergab für 5 Minuten (gemittelt) 62 Fahrzeuge mit Fahrtrichtung Finow (Nord) und 58 Fahrzeuge in Richtung Bahnhof (Süd). Das durchschnittliche Verhältnis Rad-/Kraftverkehr lag demnach bei 1 : 60.

In diesen 5 Minuten passierten ca. 2 Busse pro Richtung die Kreuzung. Die Durchlässigkeit wird sehr stark durch die Ampel bestimmt. Bei einer Ampelphase von 80 Sekunden steht die Ampel für die Heegermühler Straße 43 Sekunden auf grün, was für maximal 19 Fahrzeuge ausreichte. Das sind maximal 71 Fahrzeuge in 5 Minuten oder 855 pro Stunde je Richtung.

In den Spitzenzeiten wird dies oft überschritten, was zwangsläufig zu längeren Rückstaus führt. Damit ist nach dem Ende der Ferienzeit nun wieder häufiger zu rechnen.

Wer hat sich das ausgedacht?

Ich bin oft in Eberswalde unterwegs und frage mich jedes Mal, was die Radfahrer an der Bushaltestelle »Boldtstraße« (Richtung Finow) wohl tun sollen – die Markierung endet plötzlich. Eigentlich können sich die Radfahrer nur in Luft auflösen, wenn sie nicht vom Verkehr überrollt werden wollen.

Wer hat sich das nur ausgedacht???

MARIANNE KÄMPFE, Schwedt

»Fahrradschutzstreifen«

Ich kann das Wort nicht mehr hören. Wenn Sie an einer Bushaltestelle dort in der Heegermühler Straße stehen, z.B. an der Boldtstraße, dann wird ihnen schwindelig von dem brausenden Lkw-Verkehr und den daneben fahrenden Radfahrern, die auf die wachen Sinne der Fahrer angewiesen sind.

In der Freienwalder Straße gibt es diesen Streifen schon lange. Laut StVO heißt dieser: Fahrrad-Angebots-Streifen. Die Diskussion hatten wir schon einmal. Von Schutz kann keine Rede sein. Die Radler können das Angebot nutzen, müssen es aber nicht. Es wissen auch nicht alle Autoführer, daß die zwei Spuren nach der Kreuzung enden, genau wie der Fahrradweg dort.

Also: Außer Spesen - nichts gewesen.

Dr. WALTRAUD VOIGT

Fehlentscheidung korrigieren!

Seit Monaten wird öffentlich über den Sinn oder Unsinn eines Radweges in der Heegermühler Straße diskutiert. Vorschläge an die Verantwortlichen – angefangen bei Bürgermeister Boginski – über eine Verkehrszählung konkrete Fakten festzustellen und eine sachbezogene Entscheidung zu treffen, werden seit langem ignoriert. Ich begrüße es deshalb, daß jetzt von der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« eine Fahrrad-Verkehrszählung in der Heegermühler Straße durchgeführt wurde (BBP 8/2017). Danach passierten an einem Werktag im Durchschnitt aller Meßzeiten 14 Radfahrer je Stunde die Radstreifen auf beiden Seiten der Straße. Fast die gleiche Zahl benutzte den Fußweg anstelle des Radstreifens, darunter übrigens auch die Postboten.

Nach repräsentativen Zählungen an einem Werktag benutzten in einer Stunde etwa 1000 LKW und PKW die Heegermühler Straße in beiden Fahrtrichtungen. Somit entfallen auf einen Radfahrer auf dem Radstreifen etwa 70 Kraftfahrer, deren Fahrweise eingeschränkt und die genau wie die Radfahrer verunsichert werden.

Diese konkreten Fakten und Zahlen lassen nach dem gesunden Menschenverstand nur eine Schlußfolgerung zu: Die Verantwortli-

chen sollten sofort ohne weitere Verzögerung und Kosten den sowohl für Kraftfahrer als auch für Radfahrer unsinnigen Beschluß zu einem Radstreifen in der Heegermühler Straße korrigieren.

Dr. HELMUT KOCH



Foto: GIRD MARMANN

Von Radfahrern wird der Radschutzstreifen in der Heegermühler Straße nur selten genutzt.

Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde«:

Bürgerbegehren auf dem Weg

Eberswalde (bbp). Auf ihrem Treffen am 18. August 2017 bekräftigten die Mitglieder der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« ihr Ziel, alles zu tun, die im Herbst 2016 realisierte Maßnahme in der Heegermühler Straße rückgängig zu machen. Unter Berufung auf das Radnutzungskonzept der Stadt Eberswalde war damals die vierspurige Verkehrsführung auf je eine Richtungsfahrbahn für den Kraftverkehr reduziert worden, um Platz für Radschutzstreifen zu schaffen. Es zeigte sich aber schnell, daß die angeblichen »Radschnellverbindungen« mit erheblichen Mängeln behaftet sind und von Fahrradfahrern kaum genutzt werden.

Die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« wird Mitte September ein Bürgerbegehren zur Rückabwicklung der Maßnahme auf den Weg bringen, durch das die Entscheidung den Einwohnerinnen und Einwohnern von Eberswalde in die Hand gegeben wird. Zugleich ruft die Bürgerinitiative dazu auf, auch die seit Anfang August laufende Online-Petition für den »Rückbau des Fahrradschutzstreifens Heegermühler Straße in Eberswalde« zu unterstützen. Die von Sandra Murawski initiierte Online-Petition ist im Internet unter folgendem Link zu erreichen: www.openpetition.de/petition/online/rueckbau-des-fahrradschutzstreifens-heegermuehler-strasse-in-eberswalde.

Die Mitglieder der Bürgerinitiative machten auf ihrem Treffen zugleich deutlich, daß die

Wiederherstellung der vierspurigen Verkehrsführung in der Heegermühler Straße nur der erste Schritt sein kann. Notwendig ist eine generelle Überarbeitung des 2015 beschlossenen Radnutzungskonzeptes der Stadt Eberswalde.

Das betrifft insbesondere das Leitbild des »durchgehenden Radverkehrsnetzes« mit der Priorität von Radschnellverbindungen entlang der Bundes- und Landesstraßen, die nicht in der Baulast der Stadt liegen. Direkte Folge ist, daß im aktuellen Doppelhaushalt 2017/18, einschließlich Instandhaltung weniger als ein Euro pro Einwohner und Jahr für Radwege eingeplant ist.

Langfristig müsse die Stadt deutlich mehr Mittel für den Radwegebau bereitstellen als bisher. Die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« fordert, daß mindestens 5 Euro pro Einwohner und Jahr in Eberswalde als Eigenanteil für Radwege eingeplant werden.

Wer die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« direkt unterstützen möchte, findet den Kontakt am besten per eMail unter der Adresse radwege@alternative-eberswalde.de. Weitere Informationen zur Bürgerinitiative sind im Internet unter <http://radwege.alternative-eberswalde.de> abrufbar.

Das nächste Arbeitstreffen der Bürgerinitiative findet am 15. September im Restaurant »Athos« (Eberswalder Str. 24, ehem. Chemische Fabrik) statt.

Eberswalder SPD kümmert sich:

Schlaglöcher und Dauerbaustellen

Am 7. Juli wandten sich der Bundestagsabgeordnete Stefan Zierke, der Landtagsabgeordnete Daniel Kurth und DIE SPD-Stadtfraktion Eberswalde gemeinsam an den Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg. Ziel war es, den Stand und den Grund für die teils langwierigen Instandsetzungsmaßnahmen an den Straßen in Eberswalde zu erfahren.

Schlaglöcher würden seit langem nicht ausgebaut und Baustellen nicht der Planung entsprechend abgeschlossen. »Viele Bürgerinnen und Bürger kommen auf uns zu und fragen uns, warum das immer alles so lange dauert und ob man da nicht mal was machen könne. Daraufhin können auch wir als Mandatsträger meist nur auf den Landesbetrieb Straßenwesen verweisen«, faßt Stefan Zierke das Anliegen der Anfrage zusammen. Grund genug, um gemeinsam nachzufragen.

Im Einzelnen fragten wir nach den konkreten Problemstellen:

1. Die Senke in der Eisenbahnstraße Höhe der Hausnummer 52 (erstes Herantreten an den Landesbetrieb durch die Stadt Eberswalde am 27.10.2016, nachdem diese über das Portal »Maerker« an die Stadt gemeldet wurde)

2. Mehrere Schlaglöcher entlang der Breiten Straße, z.B. zwischen Amtsgericht und Stadtpromenade

3. Die Baustelle in der Brunnenstraße (Brückenbau Höhe Waldsolarheim)

4. Mehrere Schlaglöcher an der Altenhofer Straße (L293), z.B. an der Brücke

Es freut uns, daß in der Zwischenzeit die Senke in der Eisenbahnstraße (1.) und die Schlaglöcher an der Altenhofer Straße (4.) beseitigt wurden. Anscheinend hat auch unser Nachfragen dazu beigetragen, die zeitliche Übereinstimmung ist zumindest auffällig. Die Schlaglöcher entlang der Breiten Straße zwischen Amtsgericht und Stadtpromenade (2.) werden im Jahr 2018 beseitigt, da dann der Straßenabschnitt in voller Breite erneuert wird, so die Auskunft des Landesbetriebes. Die Baustelle an der Brunnenstraße wird nach Angaben des Landesbetriebsstraßenwesen Mitte August 2017 fertig*.

»Wir freuen uns, daß endlich Bewegung in die Sache gekommen ist und wir uns auf einigen Straßen in Eberswalde wieder auf eine staufreie Fahrt freuen können«, fassen die drei Mandatsträger ihre gesammelten Informationen zusammen.

JOHANNES KRAUSHAAR

* Tatsächlich dauerte es bis zum 31. August. Siehe dazu den Beitrag »Das Rohr und die verpaßte Chance« auf Seite 3 dieser BBP-Ausgabe.

WC im Stadtpark

Der Bernauer Stadtpark ist ein beliebter Treffpunkt und wird von vielen Menschen zur Erholung, für Sport und Spiel und für Veranstaltungen wie den Kunst- und Handwerkermarkt und das Hussitenfest genutzt. Bisher wurden lediglich zu diesen Festen mobile Toiletten aufgestellt, die überdies nicht barrierefrei nutzbar waren. Um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen und einem dringenden Bedarf gerecht zu werden, soll im oder am Stadtpark ein öffentliches, barrierefrei nutzbares, behindertengerechtes WC dauerhaft zur Verfügung stehen. Dies wird vom Behindertenbeirat seit langem gefordert. Die Fraktion Die Linke in Bernau hat diese Forderung jetzt aufgegriffen und beantragt, daß der Bürgermeister Möglichkeiten der Installation eines öffentlichen, barrierefreien WC im/am Stadtpark prüfen läßt.

MARGOT ZIEMANN

Wahlvorbereitungen

Wenn Lügen kurze Beine machen,
Politiker hätten nichts zu lachen,
sie könnten es auch nicht vertuschen,
sie müßten auf dem Hintern rutschen!
Schade, so ein schöner Spruch.
Der Wähler wüßte dann genug,
die Pannen könnten nicht passieren,
daß solche Flaschen uns regieren.

ELISABETH MONSIG, die rote Oma

Kampf ums Klo

Eberswalde (bbp). Die Stadtverwaltung soll den im Juni 2017 gekündigten Vertrag zur kostenlosen Nutzung der Toilette im Bistro des Einkaufszentrums »Heidewald« rückwirkend wieder in Kraft setzen. Das ist die Quintessenz einer Beschlußvorlage der Fraktion »Alternatives Wählerbündnis Eberswalde (ALE/BdE/AfW)« für die Stadtverordnetenversammlung am 28. September.

Im Juni endete der Vertrag zur kostenlosen Nutzung des WC im Bistro im Einkaufszentrum »Heidewald«. Zugleich bemühe sich die Stadtverwaltung laut Aussagen der Pressesprecherin Nancy Kersten gegenüber der Presse, den Potsdamer Platz durch spezielle Veranstaltungen zu beleben. Die so angezogenen Besucher haben nun allerdings keine Möglichkeit, im Falle des Falles bestimmten Bedürfnissen nachzugehen.

Hier werde, argumentiert die Fraktion, mittels Vertragskündigung kaputtgemacht, was an anderer Stelle durch Aktionen zur Belebung des Potsdamer Platzes aufgebaut werden soll. Besonders bedauerlich sei, »daß hier seitens der Verwaltung eine einsame Entscheidung getroffen wurde, ohne die Gremien der Stadtverordnetenversammlung und die Interessenvertretungen im Ortsteil, wie z.B. dem Sprecherrat 'Soziale Stadt', einzubeziehen.« Einmal mehr zeige sich hier der Nachteil einer fehlenden Ortsteilvertretung.

WHG-Chef zurückgepiffen?

Nach dem Erscheinen des Schwerpunktthemas »Mieten in Eberswalde« (BBP 7/2017) hatte der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski am 29. Juni in der Stadtverordnetenversammlung erklärt, daß er zur Thematik »Mietpreiserhöhung der Wohnungsbau- und Hausverwaltungs GmbH (WHG)« intensive Gespräche mit der WHG-Geschäftsführung geführt habe, »mit dem Ergebnis, daß für dieses Jahr keine weiteren Mieterhöhungen mehr ausgesprochen werden und ein Konzept für Mieterhöhungen erarbeitet wird, welches im Aufsichtsrat der WHG zur Diskussion gestellt wird. Im Anschluß daran wird die Öffentlichkeit entsprechend informiert.«

Ende Juli teilte die lokale Tageszeitung unter der Überschrift »Mieterhöhungsstopp greift nur befristet« mit, daß der WHG-Geschäftsführer Hans-Jürgen Adam den vom Bürgermeister verkündeten Stopp weiterer Mieterhöhungen nur teilweise mittrage. Er bezeichnete dies als »populistische Forderung«, die »mit der wirtschaftlichen Realität nicht zu vereinbaren sei«. Es folgten weitere, sich teilweise widersprechende Argumente, mit denen Adam für Notwendigkeit »jährlicher Mieterhöhungen« warb (MOZ, 26.7.2017). Das Blatt berief sich dabei auf eine Pressemitteilung des WHG-Geschäftsführers.

Der Redaktion der »Barnimer Bürgerpost« erschien eine derart konfrontative Brückierung des Bürgermeisters und WHG-Aufsichtsratsvorsitzenden durch den WHG-Geschäftsführer unglaublich. Sie fragte deshalb bei der WHG-Geschäftsführung nach und bat um Übersendung der erwähnten Pressemitteilung und zugleich in die Aufnahme in den Presseverteiler der WHG. Leider gab es auf die per eMail verschickte Anfrage lediglich drei »Gelesen«-Bestätigungen von Geschäftsführer Adam, der Prokuristin Doreen Boden und der Chefsekretärin Birgit Tiedicke. Dabei blieb es auch bei der wiederholten Nachfrage anderthalb Wochen später. Die dritte Nachfrage von Anfang September erbrachte nicht einmal dies.

Eine Nichtantwort ist letztlich auch eine Antwort, die einige Schlußfolgerungen erlaubt. Zunächst die, daß Adams Kritik am Bürgermeister offenbar genauso geäußert wurde, wie sie das Lokalblatt wiedergab. Auf die Dünnhäutigkeit des WHG-Geschäftsführers, die schon bei seinem Vortrag in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am 11. Mai sichtbar wurde, muß hier nicht näher eingegangen werden. Sehr stark zu vermuten ist jedoch, daß Adam wegen der unbotmäßigen und eigenständigen Äußerung von seinem Chef zurückgepiffen wurde.

Es bleibt zu hoffen, daß es Bürgermeister Boginski ernst meint und die öffentliche Diskussion, nicht zuletzt in der »Barnimer Bürgerpost«, ihm die soziale Verantwortung der städtischen Wohnungsgesellschaft vor Augen geführt hat. Vor allem ist zu wünschen, daß auch die Mehrheit der Stadtverordneten an dieser Problematik dranbleibt.

GERD MARKMANN

Filme im Heidekrug

Zwischen den Stühlen

Am Freitag, dem 15. September um 19.30 Uhr zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 Joachimsthal im kommunalen Kino den Dokumentarfilm **ZWISCHEN DEN STÜHLEN** (Deutschland 2016). Eintritt: 6 Euro.

Um in Deutschland Lehrer zu werden, muß nach dem theoriebeladenen Studium ordnungsgemäß das Referendariat absolviert werden. Eine Feuerprobe, welche die angehenden Lehrer in eine widersprüchliche Position bringt: Sie lehren, während sie selbst noch lernen. Sie vergeben Noten, während sie ihrerseits benotet werden. Zwischen Problemschülern, Elternabenden, Intrigen im Lehrerzimmer und Prüfungsjüngsten werden die Ideale der Anwärter auf eine harte Probe gestellt.

ZWISCHEN DEN STÜHLEN begleitet drei von ihnen auf ihrem steinigen Weg zum Examen. Der mehrfach preisgekrönte Dokumentarfilm gibt einen einfühlsamen wie humorvollen Blick hinter die Kulissen des Systems Schule und wirft dabei nicht zuletzt die Frage auf, in was für einer Gesellschaft wir leben wollen (Länge: 106 Min., FSK: 0).

Queeres Joachimsthal

Im Rahmen des vom Brandenburger Landtag beschlossenen Aktionsplanes Queeres Brandenburg für Akzeptanz von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, für Selbstbestimmung und gegen Homo- und Transphobie, für die Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter* und queeren Menschen (LSBTTIQ*) veranstaltet der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. Joachimsthal am 22. und 23. September unter dem Motto »Queeres Joachimsthal« ein Themenwochenende für die Akzeptanz von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt, für Selbstbestimmung und gegen Trans- und Homophobie.

Am Freitag, 22.9., um 19.30 Uhr wird der Film »Looping« von Leonie Krippendorff gezeigt (Deutschland 2016). Im Anschluß an den Film gibt es ein Gespräch mit der Regisseurin. Am Samstag, 23.9., um 20 Uhr gastiert das Theater *oliv* aus Mannheim mit dem Stück »Will Flirten, Toben, Schmeicheln – laßt mich, ich bin Liddy!« im Heidekrug.

GISBERT AMM

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstr. 1 · 16247 Joachimsthal · www.heidekrug.org

»Kopfkino« im BBZ

Eberswalde (prest-ew). Die Veranstaltungsreihe *Kopfkino für Alt&Jung* geht nach der Sommerpause weiter und zeigt am 20. September, 15 und 18 Uhr, die Tragikomödie »Wilde Maus« im Café des Bürgerbildungszentrums *Amadeu Antonio*. Im *Kopfkino für Alt&Jung* wird an jedem dritten Mittwoch im Monat kostenfrei ein Film mit pädagogischem Anspruch zu gesellschaftlich bedeutsamen Themen gezeigt.

»Barnim weiter im Aufschwung«

Landkreis wird auch als Wirtschaftsstandort zunehmend attraktiv

Eberswalde (bbp). Die wirtschaftliche Situation vieler Barnimer habe sich in den vergangenen zehn Jahren deutlich verbessert, heißt es in einer jüngst verbreiteten Pressemitteilung der Kreisverwaltung Barnim. Pressesprecher Oliver Köhler bezieht sich dabei auf Statistiken der Bundesagentur für Arbeit und deren Interpretation durch den kommissarischen Kreisentwicklungsdezernenten Dr. Wilhelm Benfer.

Demnach waren 2006 insgesamt 14.790 Menschen ohne Beschäftigung. Zehn Jahre später lag die Zahl »gerade einmal« bei 6.281. Im Juli 2017 seien es sogar erstmals weniger als 6000 Menschen (5960) gewesen. Das entspricht einer Quote von 6,2 Prozent.

»Natürlich zeigt sich in diesen Zahlen auch die allgemein gute konjunkturelle Lage. Allerdings läßt sich aus dieser Statistik auch herauslesen, wie gut die Unternehmen im Barnim aufgestellt sind«, erklärt Dr. Benfer. »Die über Jahre stetig sinkende Quote zeugt von einer insgesamt gesunden und nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung, trotz der einzelnen schmerzlichen Insolvenzen der vergangenen Jahre.« Daß der Barnim nicht nur als Wohn-, sondern auch als Wirtschaftsstandort an Attraktivität gewonnen hat, mache auch eine andere Zahl deutlich. So gab es vor zehn

Jahren im Landkreis 40.475 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Ende 2016 waren es indes deutlich mehr als 48.000 (48.236). Prozentual blieb im gleichem Zeitraum die Bevölkerungszunahme im Landkreis deutlich hinter diesem Arbeitsplatzwachstum zurück.

Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen seien es, die es in den Barnim zieht. »Diese Unternehmen sind unser Rückgrat«, ist sich Dr. Benfer sicher. Wie stabil sie seien, habe sich in den weltweiten Krisen der vergangenen Jahre gezeigt. »Während überall von gefährdeten Arbeitsplätzen, Banken- und Finanzkrisen die Rede war, wurden im Barnim weiter Arbeitsplätze geschaffen«, so Dr. Benfer weiter, der zugleich dafür wirbt, in den Bemühungen nicht nachzulassen. Denn nach wie vor pendelten viele Menschen zu ihren Arbeitsplätzen außerhalb des Landkreises. Inzwischen sind dies über 20.000 mehr Auspendler als Einpendler. »Vor allem im berlinnahen Bereich haben wir noch Potentiale«, ist er sich sicher und verweist auf die Anstrengungen des Landkreises, zum Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur beizutragen. Erst vor knapp drei Wochen bewilligte der Bund Fördermittel in Millionenhöhe für den Breitbandausbau.

Bluesabend in der Mühle

Am 12. August war **BLUESRUDY** aus der Lutherstadt Wittenberg zu Gast in der ausverkauften Mühle.

Er brachte nicht nur seine Gitarre und seine Bass Drum mit, sondern auch **HENRY HEGGEN**. Henry kommt ursprünglich aus Florida, macht seit seinem 15. Lebensjahr Musik, seit den 70er Jahren mit verschiedenen Bluesbands in Hamburg. Seit einigen Jahren lebt auch er in Wittenberg.

Beide Musiker hatten für diese Session keine spezielle Songlist, sie improvisierten. Auf Zuruf »A«, »D« oder »G« wurde der Song in der entsprechenden Tonlage gespielt. Henry hatte diverse unterschiedliche Mundharmonikas, die er abwechselnd zusätzlich zu seiner markanten Stimme benutzte.

Es ist sofort zu spüren, daß beide ein eingespieltes Team und mit Leib und Seele Bluesmusiker sind. Leicht gelingt es Ihnen, das Publikum von Beginn an mitzunehmen und den Spaß, den beide an der Musik haben, zu über-



Foto: MÜHLE.E.V.

tragen. Man wird angesteckt, mitzuschneiden, mitzuklatschen, mitzuwippen und mitzutanzten. Natürlich konnten sie nicht ohne Zugaben gehen! Sicher werden wir sie bald wieder in der Mühle begrüßen können.

Danke an die beiden für einen tollen, gelungenen Abend und auch an das Weinkontor, das wieder die erforderliche Getränkeversorgung sicherstellte.

NORBERT CIEßOW und INES FRANK

Frieden und Flüchtlinge

Wir haben uns heute am Weltfriedenstag hier versammelt, um ein Zeichen zu setzen. Um unsere Stimme zu erheben gegen jeden Krieg, gegen die Produktion von Panzern, Drohnen, Raketen und Maschinengewehren, denn diese Waffen werden Menschen töten. Wir stehen hier für eine Kultur des Friedens, für das Recht eines jeden Menschen auf Leben. Es geht uns aber auch um das Schicksal der Flüchtlinge und um den Zusammenhang zwischen Krieg, Flucht und der Festung Europa.

Es ist absolut kein Zufall, daß die meisten Flüchtlinge aus Ländern wie dem Irak, Syrien, Afghanistan und Somalia kommen. In diesen Ländern herrscht Krieg. Diese Menschen fliehen, um ihr Leben zu retten. Wer der Hölle des Krieges entkommen ist, braucht unseren Schutz. Und es gibt für die Menschen aus diesen Ländern auch noch ein weiteres wichtiges Fluchtmotiv. Die Weigerung, mitzutun. Die Weigerung, selber zum Kämpfer, zum Soldaten zu werden. Die Weigerung, andere Menschen zu töten. Sie desertieren vor dem Krieg!

Im Barnim leben viele Flüchtlinge aus Eritrea. In Eritrea herrscht eine brutale Militärdiktatur. Eine Folge der Kriege um die Unabhängigkeit Eritreas von Äthiopien und um den Verlauf der Grenze zwischen diesen beiden Staaten. Alle jungen Menschen müssen nach der Schule zum Militär, oft geht der Militärdienst ein Leben lang. Sie leben unter elenden Bedingungen in Militärlagern, wer desertiert, wird inhaftiert und gefoltert. Die Flüchtlinge aus Eritrea, die hier unter uns im Barnim leben, waren so mutig zu desertieren. Zeigen wir ihnen unsere Solidarität.

Doch die politische Diskussion hier in Deutschland geht in eine ganz andere Richtung. Flüchtlinge werden von einer großen Koalition aus AFD, CDU, FDP und SPD vor allem als Problem dargestellt, das reiche Deutschland sei überfordert. So schiebt die Bundesregierung Menschen wieder nach Afghanistan ab. Menschen, die vor dem Krieg geflohen sind, werden von der deutschen Politik wieder in den Krieg zurückgeschickt. So erhofft man sich Wählerstimmen vom rechten Rand der deutschen Gesellschaft.

Die Rede ist auch immer wieder vom »Krieg gegen Schlepper«, dabei geht es in Wirklichkeit um einen »Krieg gegen Flüchtlinge«. Wer etwas gegen die Schlepperei tun will, der muß legale Fluchtwege öffnen. Allein in diesem Jahr sind mehr als 2.400 Menschen auf ihrer Flucht über das Mittelmeer ertrunken. Immer mehr Grenzpolizei und auch immer mehr Militär wird zu den Fluchtrouten entsendet. Das führt aber nur dazu, daß die Flüchtlinge ausweichen müssen, die Fluchtwege immer gefährlicher werden und noch mehr Menschen in den Tod getrieben werden. Was für eine mörderische Politik!

Die Politik des Krieges und die Politik der »Festung Europa« entstammen beide aus einer Kultur des Todes. Wofür wir streiten müssen, ist eine Kultur des Lebens, eine Kultur des Friedens. Wir brauchen eine Kultur der Solidarität mit den Schwächsten. Sorgen wir dafür, daß Menschen, die bei uns Schutz suchen, sicher und ohne Angst leben können.



FOTO: ALBRECHT TRILLER

Ermutigend war der Widerstand in der Berufsschule im bayrischen Nürnberg. Mit Sitzblockaden wurde Ende Mai der Abtransport eines aus Afghanistan geflohenen Mitschülers durch die Polizei behindert. Der brutale Umgang der bayrischen Polizei mit den blockierenden Schülern sorgte für eine große mediale Aufmerksamkeit und bremste den Abschiebeeifer der Bundesregierung merklich. Nehmen wir uns an den Schülerinnen und Schülern aus Nürnberg ein Beispiel und behindern wir die Abschiebemaschinerie, wo wir das können.

Im Barnim ist es die Ausländerbehörde, die als Teil der Kreisverwaltung die Abschiebungen plant, organisiert und durchführt. So wurden ganze Familien mit ihren kleinen Kindern abgeschoben. Ende April wurde in Eberswalde ein junger Mann aus Tschetschenien früh gegen fünf Uhr an seiner Wohnungstür aufgefordert, sich für die Abschiebung fertig zu machen, allein ohne seine kranke Mutter. Die Mutter erlitt einen Zusammenbruch und landete in der Psychiatrie. Ein Mann aus dem Tschad sprang in Lobetal während einer Abschiebung in Panik aus dem Fenster, stürzte durch ein Glasdach und zog sich dabei erhebliche Schnittverletzungen zu. Einen seiner Finger kann er seitdem nicht mehr bewegen. Mit dieser menschenverachtenden Abschiebepaxis muß endlich Schluß sein.

Es gibt im Barnim viele Menschen, die sich gegen Abschiebungen engagieren und versuchen, trotz der Abschiebepolitik des Staates, den betroffenen Menschen Schutz zu gewähren. So gibt es im Barnim mehrere Kirchengemeinden, die Flüchtlingen Kirchenasyl gewähren. Streiten wir gemeinsam gegen eine Politik des Krieges und der Festung Europa. Sorgen wir gemeinsam für den Schutz der Flüchtlinge und werfen wir gemeinsam Sand ins Getriebe der Abschiebemaschinerie.

THOMAS JANOSCHKA
(gekürzt)

#NO2PERCENT

Frieden geht anders!

Verteidigungsausgaben sind kein Selbstzweck. Sie sollen ausschließlich der Friedenssicherung dienen. Deshalb ist es unsinnig, die Ausgaben an einen festgelegten Prozentsatz der Wirtschaftsleistung zu koppeln. Das 2%-Ziel der NATO, das von der Trump-Regierung vehement eingefordert wird, sichert nicht den Frieden, sondern führt zu einer neuen Rüstungsspirale. Außerdem: Schon heute verschlingt der Rüstungsetat in Deutschland über 11% des Bundeshaushalts. Schon heute fehlt Geld für Bildung, Soziales und Infrastruktur.

Konflikte lassen sich nicht mit Waffengewalt lösen. Wir brauchen verstärkt zivile Strategien zur Friedenssicherung, die an den Ursachen von Kriegen und Konflikten ansetzen. Hierzu gehören vor allem ein fairer Welthandel, eine gerechtere Verteilung des weltweiten Reichtums sowie soziale und ökologische Entwicklungs- und Klimaschutzprojekte.

Wir lehnen strategische Waffenexporte in Krisen- und Konfliktgebiete sowie an diktatorische oder autokratische Regime grundsätzlich ab. Wir dürfen nicht länger Staaten und Konfliktparteien mit Waffen versorgen, die Krieg, Gewalt und Unterdrückung als Mittel der Politik verstehen.

Wir fordern alle Bundestagskandidaten/-innen auf: Erklären Sie ihre Ablehnung einer 2% Verpflichtung für den Verteidigungshaushalt im Koalitionsvertrag der nächsten Bundesregierung. Setzen Sie sich für eine stärkere und bessere Kontrolle von Waffenexporten ein!

Die Initiative für diesen Aufruf geht vom DGB-Stadtverband Köln aus. Er kann als Online-Petition hier unterstützt werden: www.openpetition.de/petition/online/no2percent-frieden-geht-anders.

Unterschiedliche Sprache

Die von uns – nein, nur von einigen von uns – gewählten Politiker haben immer passende Sprüche zur Hand, um dem Volk ihre Wichtigkeit zu beweisen.

Wer versteht denn überhaupt noch heute die Sprache, wenn es zum Beispiel heißt: Deutschland muß mehr Verantwortung übernehmen, auch im Sinne Amerikas? Da bin ich sehr dafür: Wenn die Obrigkeit hier und auch in Übersee sofort in hoher Verantwortung alle Waffenschmieden und den Waffenhandel stoppen würde. Das Morden würde plötzlich eingeschränkt und bald vergessen sein!

Aber wir sprechen nicht die gleiche Sprache. Denn es geht um Profite, die ihnen im Frieden zu gering sind. So geht das Morden weiter!!

Wie lange noch?

Gemeinsam handeln!

Auch in diesem Jahr fand am 1. September zum Weltfriedenstag – nun zum vierten Mal in Folge – eine Kundgebung auf dem Marktplatz statt. Aufgerufen dazu hatte das BÜNDNIS FÜR DEN FRIEDEN EBERSWALDE, das sich in Reaktion auf den Afghanistankrieg von 2001 gegründet hatte. Der Aufruf erfolgte im Namen verschiedener Organisationen, Kirchen und Einzelpersonen, die auch in den letzten Jahren den Aufruf mitgetragen haben.

Schon vor Beginn der Kundgebung spielte die Lautsprecheranlage Friedenslieder ein, die die Vorübergehenden auf die Veranstaltung aufmerksam machten. Es ging bei der diesjährigen Veranstaltung zum Weltfriedenstag um den Zusammenhang von Krieg als Ursache einerseits und Flucht und Vertreibung als Folge andererseits. Die Aufrufer treten für eine menschenfreundliche Willkommenspolitik gegenüber den Flüchtlingen und Asylbewerbern ein und fordern die Beendigung aller Kriegshandlungen sowie die Beseitigung der Ursachen von Kriegen. Von der Bundesregierung wurden der Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen und ein Stopp der Rüstungsexporte gefordert. Auf der Kundgebung wurden die Abschiebungen von Flüchtlingen verurteilt und vom Landrat ein sofortiger Abschiebestopp gefordert.

Der Zusammenhang zwischen Krieg einerseits, sowie Flucht und Vertreibung andererseits spiegelte sich in allen Redebeiträgen wieder. Pfarrer Hans-Peter Giering stellte heraus, daß alle Menschen Frieden wollen, aber daß Gemeinschaft geübt werden muß. Unter dem Beifall der Anwesenden teilte er mit, daß die Kirchen im Barnim in mehreren Fällen die Abschiebung durch ein Kirchenasyl verhindert haben, und nun Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden. Dezernentin Petra Stibane betonte, daß Frieden nicht selbstverständlich ist und begrüßte die Veranstaltung zum Weltfriedenstag, auf der die Teilnehmer ihren Friedenswillen bekunden. Thomas Janoschka sprach für die Willkommensinitiativen im Barnim (siehe Seite 7). Die Redebeiträge wurden von Tobias Emmerich durch anspruchsvolle Gesangstitel zur Gitarre in hoher Qualität ergänzt. Auch das vom ihm vorgetragene Gedicht »Bedenkt« bereicherte die Kundgebung. Neben den planmäßigen Beiträgen kam spontan auch Andreas Büttner zu Wort, der die Positionen des Friedensbündnisses unterstützte.

Das anschließende Friedensgebet in der Maria-Magdalenen-Kirche besuchten etwa 30 Friedensfreunde, darunter auch einige Geflüchtete.

Für die materielle Sicherstellung der Veranstaltung gebührt Eckhard Laurich und Tobias Emmerich mit seinem Tontechniker sowie den weiteren Helfern ein großes Dankeschön.

Frieden kann nur das Resultat des gemeinsamen Handelns aller Friedenskräfte sein.

ALBRECHT TRILLER

»Rechtsstaat« contra Kirchenasyl

Bayerische Generalstaatsanwaltschaften stimmen sich ab

Den Scharfmachern in der Flüchtlings- und Asylpolitik ist das Kirchenasyl seit langem ein Ärgernis, das sie am liebsten aus der Welt schaffen möchten. So hat der bundesdeutsche Innenminister de Maiziere schon seit langem gefordert, daß die Inanspruchnahme von Kirchenasyl durch Flüchtlinge und Asylsuchende, die abgeschoben werden sollen, so gewertet werden müsse, wie das Untertauchen. Damit würde die Abschiebeverfahren ihre Gültigkeit nicht schon nach sechs Monaten verlieren, wie es derzeit der Fall ist, sondern erst nach 18 Monaten.

Das wäre eine starke Belastung für die Kirchengemeinden, denn sie müßten, um ihre Schützlinge vor der Abschiebung zu bewahren, diese für 18 Monate versorgen. Dafür hat der Innenminister von kirchlicher Seite viel Kritik erfahren. Ist der doch Mitglied einer Partei, die das C groß im Namen führt – C wie christlich!

Die Generalstaatsanwaltschaften in Bayern haben sich neulich über ein einheitliches Vorgehen in der Frage des Kirchenasyls verständigt und gehen die Sache mal ganz grundsätzlich an. Für sie ist die Gewährung von Kirchenasyl ein Verstoß gegen § 95 Abs.1 Nr. 2 des Aufenthaltsgesetzes, Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt, was mit bis zu einem Jahr Gefängnis, in besonderen Fällen sogar mit bis zu drei Jahren Haft geahndet werden kann. Sie hatten sich auf folgende Linie geeinigt: Bei einem ersten Verstoß einer Gemeinde gegen das Aufenthaltsgesetz sollten die Verantwortlichen ermittelt, aber das Verfahren eingestellt werden. Im Wiederholungsfall sollte ein Strafbefehl mit einer Geldbuße ergehen und bei einem dritten Verstoß gegen das Aufenthaltsgesetz sollte gegen die Verantwortlichen, also die Mitglieder des Kirchengemeinderats oder den Pfarrer, ein Strafverfahren beantragt werden (SZ, 24.7.2017).



FOTO: GERD MARKMANN

Das Lied von Reinhard May vom toten Soldaten in der Champagne, vorgetragen von Tobias Emmerich, ging vielen Zuhörern emotional sehr nahe. »Es ist an der Zeit« – und möglich, neue Kriege zu verhindern.

Nun ist es schwer vorstellbar, daß Pfarrer oder Priester wegen des Kirchenasyls ins Gefängnis geworfen werden. Man muß in der deutschen Geschichte weit zurückgehen, um Präzedenzfälle zu finden. Bismarck ließ im Kirchenkampf Anfang der 1870er Jahre die Bischöfe von Köln und von Gnesen inhaftieren. Die Nazis gingen gegen Pfarrer der Bekenntnenden Kirche und gegen katholische Geistliche vor. Diese Tradition steht einer Partei, die das hohe C im Namen führt, schlecht an.

Da trifft es sich gut, daß Seehofer gebeten wurde, im Kempten die Allgäuer Festwoche zu eröffnen, und diese Gelegenheit dazu nutzte, die Position der Landesregierung in Sachen Kirchenasyl zu präzisieren und eine moderatere Gangart der Strafverfolgungsbehörden in Aussicht zu stellen. (SZ, 14./15.8.2017) Die Zahl der Flüchtlinge, die im Freistaat im Kirchenasyl Zuflucht gefunden hätten, sei nicht so hoch, daß »radikale Schritte« angezeigt seien und fügte er hinzu: »Ich habe immer darauf hingewiesen, daß für uns in Bayern an erster Stelle die Humanität steht«. Andererseits stellte Seehofer aber auch klar, es müsse »geordnete Verfahren« geben, um die Lage zu bewältigen. Ob das die Generalstaatsanwälte in Bayern beeindruckt?

Mitte des Jahres gab es in Bayern 74 Fälle von Kirchenasyl in evangelischen Gemeinden und nahezu doppelt so viele in katholischen Kirchengemeinden. Bundesweit zählte man Mitte Juli 351 Kirchenasyle für 551 Flüchtlinge. Gemessen an der Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland gekommen sind, ist die Zahl der Kirchenasyle wirklich zu vernachlässigen, aber den Scharfmachern geht es ums Prinzip.

Für sie ist es auch ein Ärgernis, daß die Erfolgsquote der Kirchenasyle bei über 90% liegt. Wenn man nämlich die Einzelfälle einer genaueren Prüfung unterzieht, wie es bei den Kirchenasylfällen geschieht, dann stellt man fest, daß die Abschiebungsverfügungen nicht rechtens waren. Das ist ein Ärgernis, das man gerne aus der Welt schaffen würde, aber nicht, indem man die Praxis der Anerkennungsverfahren ändert, sondern indem man das Kirchenasyl abschafft und da bietet das Strafrecht eine gute Handhabe.

Aber bitte, nicht gerade während des Wahlkampfes! Noch hoffen die beiden christlichen Parteien auf die Stimmen aus der kirchlich gebundenen Wählerschaft. Deshalb sind moderatere Töne des bayerischen Ministerpräsidenten angezeit.

Nach der Wahl wird Klartext geredet. Da wird man eine bundesweite »saubere rechtliche Lösung« anstreben, die »das Ausländerrecht wie das Strafrecht gleichermaßen im Blick hat« (bay. Justizminister Bausback). Da wird es dann auch für die Unterstützer des Kirchenasyls in Brandenburg und im Barnim etwas härter zur Sache gehen.

HARTMUT LINDNER

Drei Geschichten vom Krieg Persönliche Nachlese

Südöstlich von Berlin, in meinem Städtchen mitsamt zehn Dörfern, nach der Wende zwangseingemeindet, insgesamt neuntausend Einwohner und eine Kaserne, wurde von mir und einigen Freunden aufgerufen, am Weltfriedenstag, dem 1. September, auf dem Marktplatz an der sogenannten Friedenseiche ein öffentliches Meeting abzuhalten. Ich wurde 1930 geboren und will euch drei Geschichten erzählen:

Erstens: Zu Beginn des 2. Weltkriegs war ich neun Jahre alt. Und wie begann der zweite Weltkrieg? Mit **Tricks** und einem Kopfschuß per Pistole. Am frühen Morgen des 1. September 1939 hatte Hitler über alle deutschen Radio-Sender gerufen: »Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen.« Nanu, **zurückgeschossen?** Das sagte Hitler im Radio. Deutsche Truppen durchbrachen die Grenze zum Nachbarland Polen. Meine Eltern waren besorgt. Doch die allermeisten Deutschen waren zufrieden. Im Laufe des Krieges starben 6 Millionen Polen durch deutsche Waffen. Doch die Polen hatten gar nicht geschossen. Es waren Hitlers eigne Leute. Sie hatten im Grenzgebiet einen Polen gekidnappt und mit Spritzen betäubt, in den deutschen Rundfunksender Gleiwitz geschleppt und eine polnische Uniform verpaßt, als hätte der polnische Zivilist den deutschen Sender erobern wollen. Das sollte die ganze Welt glauben. Im Sendehaus wurde der Zivilist von Hitlers Leuten erschossen, damit er von niemandem befragt werden konnte. Und so erklärt sich die paradoxe Rede Hitlers: Weil Polen nicht geschossen hatten, wurde ab 5 Uhr 45 zurückgeschossen. Die allermeisten Deutschen glaubten: Wenn Hitler sagt »zurückgeschossen«, dann müßten wohl die Polen zuerst geschossen haben? So begann der zweite Weltkrieg. 60 Millionen Menschen in Europa und Umgebung starben eines unnatürlichen Todes.

Zweitens: Mitten im Krieg, als ich 12 Jahre alt war, sangen wir das Hitlerlied »Bomben auf Engelland«. Kurz vor Ende des zweiten Weltkriegs, im März 1945, war ich 14 Jahre alt. Da flogen englische Flieger über meine Heimatstadt Chemnitz und warfen Bomben. Und ich kleiner Lümmel saß mit zwanzig andren Hausbewohnern im Keller. Die Bomben krachten rings um unser Haus. Besonders heftig krachten die sogenannten Luft-Minen. Sie erzeugen eine ungeheure Luftwelle, Menschen-Lungen werden zerrissen und Feuer kann sich rasch verbreiten. Plötzlich ein besondrer Krach. Eine Bombe hatte in unser Nachbarhaus eingeschlagen. Die Druckwelle ließ den Fußboden in unsrem Keller erzittern. Die Kellertür sprang aus den Angeln. Durch die Öffnung leuchtete rötlich-gelber Feuerschein. Da brach im Luftschutzkeller Panik aus. Doch nach einigen Sekunden klickte es in meinem Kopf: Hinterm Hause stehen doch Holzschuppen, und darin lagern Aluminium-Späne aus einer Metall-Fabrik! Aluminium-Späne, die sind doch als Thermit verwendbar, um Straßenbahnschienen zu schweißen! Thermit, genau derselbe Stoff, der mit Brandbomben zweitausend Grad Hitze macht, um alles Brennbare in Brand zu setzen! Der Klick in meinem Kopfe ver-

scheuchte alle Angst. Also raus aus dem Keller, drei Brandbomben lagen direkt am Holzschuppen! Zum Glück lag auf dem Hof ein Haufen Sand. Also mit einer Schippe schnell Sand auf die Thermit-Bomben. Da ließ auch meine Spannung nach. Und weil die Spannung nachließ, hörte ich rings um mich die Bomben wieder krachen und sah die Feuerblitze in den Rauchwolken zucken. Da kriegte ich wieder Angst und floh in den Keller. Doch da klickte es wieder in meinem Kopf: Wenn nun Brandbomben auch auf dem Dachboden liegen? Also schnell die Treppenstufen vier Etagen hoch. Ja, dort brannte es schon. Wo kriegt man aber Wasser her? In der Wasserleitung kein Druck. Das städtische Pumpwerk war zerbombt. Doch auch meine Eltern waren die Treppen hochgestiegen... In der 3. Etage lag noch die alte demente Frau Müller. Wir brechen die Wohnungstür auf und finden die Frau in ihrem Bett. Also angepackt. Feuersturm rast schon durch die ganze Innenstadt von Chemnitz, erhitze Luft steigt nach oben und saugt unten durch die Straße aus dem Vorort Frischluft an... Immerhin, diese Frau konnten wir retten. Doch zwei Kilometer weiter südlich verbrannte meine Oma. Sie verbrannte in ihrer Wohnung. Vielleicht hatte sie schnell noch die Pulsadern aufgeschlitzt. Menschen verbrannten auch in Luftschutzkellern. Ihre Leiber waren zwischen Mauertrümmern eingeklemmt. Drei Tage später sahen wir verkohlte Leichen auf der Straße liegen. Am Abend vorm großen Feuer lagen 10 cm Schnee im Stadtzentrum. Während der Brandnacht schmolz aller Schnee.

Nun die dritte Erzählung: Die heutige Weltkriegsgefahr – und was spielt sich in meinem Kopfe ab? Vorm Krieg habe ich Angst. Doch furchtlos will ich Widerstand leisten. Ich bin voller Sorge. Ich hoffe, auch eure Köpfe sind voller Sorge und **voller Energie** und nicht voller Feigheit. Wenn ihr voller Energie und nicht mehr voller Feigheit seid, dann **werdet bereit, euch aufzustellen, aufrecht zu gehen** und laut zu rufen: Weil Deutschland unerhört reich und mächtig ist und schon die halbe Welt unter Druck setzt, kann Deutschland in der ganzen Welt vieles in Bewegung setzen. **Runter mit gegenseitigen Bedrohungen!** Anpacken wie die Freiwillige Feuerwehr unsrer Dörfer! Doch nicht mehr nur im Dorf! Anpacken überall in unsrem Land! **Widerstand gegen Waffen-Exporte** ins Ausland! Schrittweise die Armeen umwandeln in technische und soziale Nothilfe. Zumindest schrittweise, doch energisch. Dann verlieren auch Terroristen an Boden. **Und in allen Ländern viel mehr Bildung für Jung und Alt! Dann fallen wir nicht mehr auf Tricks herein.**

Dr. RAINER THIEL

In Abwandlung einer Binsenweisheit zur Gesundheit gilt: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts! Daß das so ist, wissen sicher sehr viele Eberswalder und noch mehr Bürger des Landkreises Barnim, aber es scheint für sie keine besondere Bedeutung zu haben, jedenfalls so lange nicht, wie der Krieg nicht vor ihrer Haustür stattfindet. Diese Einstellung ist nicht neu!

Unser Dichterst Johann Wolfgang von Goethe hat diese Haltung deutscher Spießbürger wie folgt treffend beschrieben (Faust, der Tragödie erster Teil):

»Nichts besseres denk ich mir an Sonn- und Feiertagen, als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei. Wenn hinten, fern in der Türkei, die Völker aufeinanderschlagen.

Man sitzt am Flusse, trinkt sein Gläschen aus und sieht hinab die bunten Schiffe gleiten. Dann geht man abends froh nach Haus und segnet Fried' und Friedenszeiten.«

Dieser Text ist mehr als 200 Jahre alt und, wie wir feststellen müssen, immer noch aktuell! Zur Kundgebung auf dem Eberswalder Marktplatz waren gut 80 Personen gekommen, dabei Teilnehmer mit »Migrationshintergrund« – also Flüchtlinge und Asylbewerber – und ein paar bekennende Friedensfreunde aus dem Umland. Eberswalde hat mehr als 40.000 Einwohner. Das Verhältnis Teilnehmer zu Einwohnern ist beschämend.

Es wäre ungerecht, die geringe Beteiligung den Organisatoren vom Bündnis für den Frieden um ihren »Chef« Albrecht Triller anzulasten. Die Redner, Pfarrer Giering, Dezernentin Stibane und Migrantentreuer Thomas Janoschka, die Friedenslieder aus der Konserve und die engagierten Gesangsbeiträge, live vorgetragen zur Gitarre von Tobias Emmerich – das alles war gut durchdacht und von guter Qualität. In diesem Sinne war die Kundgebung, trotz nur geringer Resonanz in der Bevölkerung, für die Organisatoren ein Erfolg.

Es bleibt noch festzustellen, daß die Mehrzahl der politischen Parteien durch Abwesenheit glänzte. Von Vertretern CDU, SPD, FDP und Grünen war weit und breit nichts zu sehen. Das kann man nicht anders verstehen, als daß Frieden und Friedenspolitik in diesen Parteien keinen hohen Stellenwert haben. Insofern spiegelt das Fehlen der Parteien – das klingt vielleicht sarkastisch – das allgemeine Desinteresse der breiten Mehrheit der Bürger wider. Trotzdem und gerade auch deshalb gebührt den Organisatoren der Dank aller derjenigen, die erkannt haben, wie wichtig der Kampf um den Frieden und die Erhaltung des Friedens für uns alle ist.

Hiermit abschließend frage ich mich besorgt, wer die Aufgabe der Organisation einer Friedenskundgebung im Jahr 2018 übernimmt, wenn nicht wieder Albrecht Triller und seine Mannschaft.

Eberswalder Panzergrenadiere im Nordkaukasus (Teil 2):

Bis zum Terek und nicht weiter

Vor 75 Jahren: Überfall auf die Sowjetunion. Die Eberswalder Panzergrenadiere waren dabei

Seit dem 22. Juni 1941 marschierten die Schützen (seit Juli 1942 Panzergrenadiere) und Artilleristen der drei in Eberswalde stationierten Regimenter der 3. Panzerdivision (Panzergrenadierregimenter 3 und 394 sowie das Artillerieregiment 75) an der vordersten Front gen Osten.¹ Nach der gescheiterten Eroberung Moskaus und verlustreichen Rückzugskämpfen wurde die Division im Frühjahr 1942 in Charkow aufgefüllt und beteiligte sich ab Anfang Juli an der Sommeroffensive der deutschen Wehrmacht.²

Die 3. Panzerdivision, nach wie vor dem XXXX. Panzerkorps zugeteilt, marschierte binnen zwei Wochen rund 500 Kilometer nach Süden und überwand Ende Juli als erster Großverband den Don bei Nikolajewka, etwa 150 Kilometer östlich von Rostow am Don.²

Die Armeen der sowjetischen Südfront konnten aber der geplanten Einkesselung entrichten und sich hinter den Don zurückziehen. Sie waren aber stark geschwächt, verfügten kaum noch über Panzer und nur wenig Munition. Vor allem fehlte nach den Rückzugskämpfen eine organisierte Führung.³

Bevor die Sowjettruppen die Verteidigung am Don organisieren konnten, begann die 3. Panzerdivision am 26. Juli 1942 aus dem Brückenkopf südlich von Nikolajewka mit dem Angriff in Richtung Proletarskaja.⁴ Schon am ersten Tag gelang der Durchbruch der sowjetischen Verteidigung. Die 51. Armee zog sich nach Osten zurück und verlor die Verbindung zur Südfront, die am 28.7. der Nordkaukasusfront unterstellt wurde. Eine 65 Kilometer breite Lücke klaffte zwischen der 51. und der 37. Armee.³

Der Weg zum Kaukasus war frei. Die Eroberung der Erdölquellen bei Maikop, Grosny und Baku schien ein leichtes Unterfangen zu werden. Daher erhielt die 4. Panzerarmee den Befehl, in die Stalingrader Richtung einzuschwenken. Das XXXX. Panzerkorps blieb in der Südrichtung eingesetzt und unterstand nun dem Kommando der 1. Panzerarmee.

Die 3. Panzerdivision nutzte den errungenen Vorteil sofort aus und setzte schon am 27.7.1942 mit fast allen Truppenteilen über den Sal, um den Angriff nach Süden fortzusetzen.⁴ Am 28.7. legten die Panzerspitzen 85 Kilometer zurück, ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Nur das Panzergrenadierregiment (PzgrenR) 394, als Flankensicherung nach Westen eingestzt, wurde in heftige Kämpfe verwickelt. Am nächsten Tag erreichten die Vorausabteilungen der Division die Bahnlinie Stalingrad-Krasnodar. Zwischen Orłowskaja und Proletarskaja veranstalteten die Panzer des Panzerregiments 6 ein »Scheibenschießen«. Neun Lokomotiven und drei Züge werden »sichergestellt«, darunter 1 Lazarettzug.

Das PzgrenR 3 eroberte am 29.7. Proletarskaja. Die Überwindung des Manytsch südlich von Proletarskaja ging indes nicht so einfach vonstatten. Hier verteidigte sich eine NKWD-Division. Das PzgrenR 3 verbucht 48 Tote und 83 Verwundete. Allein das II. Bataillon hat 36 Gefallene, darunter den Bataillonskommandeur und dessen Adjutant.⁴



Foto: unbekannt (aus »Geschichte der 3. Panzerdivision«)

Leichter SPW 250 des I./PzgrenR 3 in Pjatagorsk während des Angriffs auf die Kurstadt im Vorkaukasus. Unter dem Schutz des Feldheeres zog noch im August 1942 das Einsatzkommando 12 der Einsatzgruppe D in die Stadt ein. Diese Gruppe kam mit dem Auftrag, alle Juden in Stadt und Umgebung zu ermorden.

Doch dem Widerstand fehlte die zentrale Führung. Es waren einzelne sich zurückziehende Truppenteile oder örtliche Garnisonen, die sich dem Feind entgegenwarfen.³ Der Vormarsch stockte dennoch. Erst am 2.8. marschierte die 3. Panzerdivision weiter. Ziel war nun das 200 Kilometer entfernte Woroschilowsk (heute: Stawropol), das bereits am 3.8. im Handstreich fiel. Auf dem Flugplatz versuchten noch, nichtsahnend Flugzeuge zu landen, von denen 8 abgeschossen wurden. Vom PzgrenR 3 war bei dem schnellen Vormarsch das SPW-Bataillon dabei.

Fehlender Treibstoff führte zu Verzögerungen. Nach Aufschließen rückwärtiger Einheiten ging es am 8.8. weiter. An der Spitze fuhren wieder die Kampfwagen des Panzerregiments (PzR) 6 und das Freienwalder Kradschützenbataillon 3. Diesmal folgten die Panzergrenadiere des 394. den Panzerspitzen.⁴

An der Kuma trafen die Eroberer auf ersten organisierten Widerstand. In Pjatagorsk führte das 26. Grenzregiment mit 400 Mann verbissene Straßenkämpfe gegen das PzgrenR 394. Erst am 11.8. gelang die vollständige Einnahme der Stadt, nachdem auch das PzgrenR 3 in die Kämpfe eingeführt wurde.^{3,4}

Die Kurstadt Pjatagorsk wurde für ein paar Tage Garnison der 3. Panzerdivision. Später erinnern sich die Kameraden an schnell organisierte Handballturniere und ein sich schnell entwickelndes Vertrauensverhältnis zur kaukasischen Bevölkerung. Pjatagorsk blieb auch später ein wichtiger Stützpunkt für die rückwärtigen Einheiten der Division.⁴ Noch im August zog in Pjatagorsk das Einsatzkommando 12 der sogenannten Einsatzgruppe D ein. Die

gesamte jüdische Bevölkerung Pjatagorsks, der man habhaft werden konnte, wurde in einen Wald gebracht und erschossen.⁵

Die 3. Panzerdivision stieß inzwischen weiter nach Südosten vor. Aber der Widerstand der Sowjetarmee versteifte sich. Die Verteidigungslinie der 37. sowjetischen Armee am Baksan hielt den weiteren Vormarsch schließlich auf.

Am 19.8. löste die 2. rumänische Gebirgsdivision die 3. Panzerdivision am Baksan-Abchnitt ab. Sie sollte weiter östlich bei Mosdok einen Übergang über den Terek gewinnen. Am 23.8. begann der Kampf um Mosdok. Nach drei Tagen mit erbitterten Kämpfen kann das PzgrenR 394 das Nordufer des Terek vollständig besetzen. Die Bildung eines Brückenkopfs gelang nicht. In einem weiteren Anlauf sollte die Division nun noch weiter östlich über den Fluß kommen. Am 26.8. wurde Ischtscherskaja eingenommen, 35 Kilometer östlich von Mosdok. Dort setzten schließlich am 30.8. die von Pionieren unterstützten Sturmgruppen der beiden Panzergrenadierregimenter über den Fluß. Das starke Abwehrfeuer verursacht starke Verluste. Allein das I. Bataillon des PzGrenR 394 hatte an diesem Morgen 120 Ausfälle. Der Kommandeur des I. Bataillons war gefallen, der des II. schwer verwundet. Gegenangriffe von Teilkraften der 389. und 417. Schützendivisionen mit starker Luftunterstützung, allein am 2.9. flogen die sowjetischen Luftstreitkräfte 520 Einsätze gegen die Übersetzstellen, vertrieben die Panzergrenadiere schließlich bis zum 4.9. vom Südufer des Terek. Das PzgrenB 394 ließ 62 Gefallene und 5 Vermißte zurück.

Allerdings hatte der mißglückte Angriff bei Ischtscherskaja zur Folge, daß die sowjetische Seite ihre volle Aufmerksamkeit auf diese Stelle richtete. Dadurch konnte der Terek am 2.9.1942 im Abschnitt des LII. Armeekorps bei Mosdok erfolgreich überwunden werden.

In den folgenden Wochen tobten um diesen Brückenkopf schwere Kämpfe, an denen auch Einheiten der 3. Panzerdivision einschließlich dem PzgrenR 3 teilnahmen. Die übrigen Teile bauten bei Ischtscherskaja ihre Stellungen zu starken Verteidigungsstützpunkten aus.^{3,4}

G.M.

1 – Siehe »Der gescheiterte Blitzkrieg«, Teil 1 in BBP 7/2016, Teil 2 in BBP 8/2016, Teil 3 in BBP 10/2016 und Teil 4 in BBP 12/2016.

2 – »Kämpfen, töten und sterben am stillen Don«, BBP 8/2017

3 – A.A. Gretscho: Die Schlacht um den Kaukasus, Militärverlag der DDR, Berlin 1972

4 – Geschichte der 3. Panzer-Division, Verlag der Buchhandlung Günter Richter, Berlin 1967

5 – www.tenumbergreinhard.de/1933-1945-lager-1/1933-1945-lager-a/armavir-armawir.html

Global denken – lokal handeln

Was hat der Kaffeebauer mit Kaffeetrinken hier zu tun?

85% des Marktanteils von Kaffee wird von fünf großen weltweit agierenden Unternehmen gehandelt, eröffnete Frank Herrmann das Gespräch. Der Autor und Südamerika-Experte war am 30. August nach Prenzlau gekommen, um über das Thema »global + regional – fair handeln + fair kaufen« zu informieren. Frank Herrmann war mit seiner 11. Fair-bike-tour von Usedom nach Ulm unterwegs und machte auf Einladung der Uckermarker Bündnisgrünen in Prenzlau Station.

Gerade bei Kaffee zeigen sich die Problematik und die krassen Gegensätze des täglichen Lebens: Das meiste Geld verdienen die Kaffeeröstereien hierzulande. Kleine Kaffeebauern, die teils in ärmlichsten Bedingungen leben, wenn sie nicht in einer Kooperative wie z.B. fair-trade zusammengeschlossen sind, bekommen nur einen verschwindenden Anteil dessen, was hier in Deutschland für Kaffee bezahlt wird. Wenn nicht Kaffeekirschen, sondern bereits Rohkaffee an den Zwischenhändler geliefert werden kann, erzielen die Kleinbauern höhere Erzeugerpreise. Aber dafür muß die Kooperative über eine entsprechende Kaffee-Schälmaschine und Wasserleitungen verfügen, erläuterte Frank Herrmann, der 20 Jahre mit Kleinbauern in Guatemala und Peru gelebt hat. Bei seinen regelmäßigen Besuchen ermöglicht er mit gesammelten Spenden aus seinen Vortragsreisen und Büchern den Kauf von Maschinen, Wasserleitungen oder auch brennstoffsparenden Öfen.

Der studierte Entwicklungspolitiker informierte die interessierten Zuhörer über die Zusammenhänge unseres Konsums mit der Situation der Menschen am Beginn der Erzeugungskette. »Wir haben die Umwelt- und auch die sozialen Probleme ausgelagert nach Südamerika, Afrika, Indien etc. So tragen diese ungerechten Handelsstrukturen auch bei zum Fortschreiten des Klimawandels. Dabei werden 70 – 80% unserer Lebensmittel von Kleinbauern erzeugt«, erklärte Frank Herrmann. Ein Zuhörer brachte es auf den Punkt, welche Möglichkeiten die Verbraucher haben: »Wenn ich für die Umwelt fair erzeugte oder auch regional erzeugte und gehandelte Produkte kaufe, mache ich Politik.«

»Das sind wichtige und notwendige Schritte, die lösen jedoch noch nicht die Ursachen der Problematik« ergänzte Thomas Dyhr aus dem Bernauer Ortsteil Schönow. »Das könne allein die Politik, aber sie macht es nicht oder will es nicht machen wegen ihrer Nähe und möglicher Abhängigkeit zur Industrie. Unfaire Handelsabkommen, Landgrabbing in den Entwicklungsländern, die wirtschaftliche Vernichtung bäuerlicher Existenzen durch Importe subventionierter Agrarprodukte, und nicht zuletzt die Folgen des Klimawandels, sind Faktoren, die Fluchtgründe schaffen. So fallen Europa am Ende die Folgen der eigenen Handelspolitik vor die Füße«, so Thomas Dyhr weiter.

»Es geht nicht darum, etwas zu verbieten oder jemandem ein schlechtes Gewissen zu machen. Es geht darum, sich bewußt zu sein über die Strukturen und Zusammenhänge und bereit zu sein, den wirklichen fairen Preis, der gerechten Lohn und Kosten für die Umweltressourcen einschließt, zu bezahlen. Wir entscheiden bei jedem Einkauf«, merkte eine Zuhörerin an.

Thomas Dyhr wies nochmals auf den Zusammenhang hin: »Wer will, daß unsere Gesellschaft, daß unsere Welt wieder etwas gerechter, fairer wird, der sollte sein Kreuz am Wahlsonntag an der entsprechenden Stelle setzen.«

Immer wieder zeigte sich in dem umfassenden Gespräch, wie notwendig der alte grüne Spruch ist: Global denken – lokal handeln und faire, regional erzeugte Produkte zu wählen.

ULRIKE HARSCH

<http://faireinkaufenaberwie.blogspot.de/>

Barnimer Bürgerpost abonnieren!
www.barnimer-buergerpost.de

»Mein Freund der Baum«

Die letzte diesjährige Ausstellung in der Zainhammermühle öffnete am 9. September. Unter dem Titel »Mein Freund der Baum« wird in dieser Ausstellung dem Wirken der im vorigen Jahr verstorbenen Künstlerin Heidi Kröger gedacht.

Sie ist bekannt geworden durch die von ihr erstmalig geschaffenen Textilcollagen, für die sie grundsätzlich Naturmaterialien wie Jute, Sisal, Hanf, Leinen u.a. verwendete.

Hauptmotiv sind Bäume, die sie in verschiedenen Haltungen und sogar in menschlichen Situationen darstellte.

Da Heidi Kröger sich sehr für die Kunst indigener Völker interessierte, nutzte sie zuweilen die Punktmalerei (Dot Painting) der australi-

schen Urbevölkerung für eigene Kreationen. Aber auch Kombinationen von Textilcollagen und Punktmalerei sind entstanden.

Damit ist ihr künstlerisches Betätigungsfeld noch nicht vollständig aufgeführt.

In der Ausstellung wird durch Fotos dokumentiert, wie sie als Bildhauerin den Ureinwohnern Australiens Ehre erweist.

Die musikalische Umrahmung der Vernissage gestalteten Matthias Balk (Didgeridoo) und Ulf Hoffmann.

Die Ausstellung geht bis zum 1. Oktober und ist jeweils samstags und sonntags von 14.30-18.00 Uhr geöffnet.

EBERHARD KRÖGER
Die Mühle e.V.

Für ein Dorf mit Grün

Gegen Versiegelung und Bauverdichtung

Schönow (bbp). Eine Initiative von Schönower Bürgern wendet sich gegen die Pläne für weitere Flächenversiegelungen in dem Bernauer Ortsteil. Auf dem Areal des ehemaligen Kabelwerkes und den dahinterliegenden, naturbelassenen Grundstücken sollen 80 Baugrundstücke für Einfamilienhäuser und Geschößwohnungsbau zur Vermietung entstehen.

Auf Betreiben des Bernauer Bürgermeisters André Stahl (DIE LINKE) sei ein Bebauungsplan entworfen worden, der gegenüber dem Flächennutzungsplan eine höhere Bebauungsdichte vorsieht, kritisiert der Stadtverordnete Péter Vida (Unabhängige Fraktion). »Der Bebauungsplan berücksichtigt nicht das Ortsbild, zerstört weitere Grünflächen, und das faunistische Gutachten, auf dem er beruht«, so Vida, der zugleich für BVB/Freie Wähler im Landtag Brandenburg sitzt, »ist wertlos: Die Tierpopulation wurde wenige Wochen NACH der Nacht- und Nebel-Rodung von rund 70 Bäumen gemacht, um sodann festzustellen, daß kein Problem besteht.«

Neben den gerodeten Solitäräbäumen – Brutstätten und Lebensraum für viele Lebewesen – seien auch Steinhäufen für Zauneidechsen entfernt worden, informierte der Anwohner Uwe Neumann die lokale Tageszeitung. Damit verschwanden auch ihre Populationen. Dies gelte gleichfalls für Fasane, deren ursprüngliches Vorkommen gutachterlich nicht mehr erfaßt werden konnte.

»Wir sind nicht gegen die Bebauung«, ergänzt Marko Christoph aus Schönow. »Aber wir wollen, daß zumindest eine Grünfläche erhalten bleibt.« Die Bürgerinitiative hat dafür konkrete Vorschläge parat: Ein etwa 400 Meter langer und bis zu rund 100 Meter breiter Streifen könne hinter der Bebauung der Friedenstraße entstehen. Die Gestaltungsideen der Anwohner sehen einen parkähnlichen Teil mit Bänken und Liegewiese, Beete, die von den Kindern aus Grundschule und Kitas gepflegt werden könnten, und einen naturbelassenen Teil vor, die durch einen barrierefreien Weg miteinander verknüpft werden. »Solche Grün- und Erholungsflächen fehlen ganz massiv in Schönow – für Anlieger und deren Kinder, für Ältere und auch für künftige Bewohner«, sagt Marko Christoph. Stattdessen würden immer mehr Grünflächen zugebaut und versiegelt. Aktuell betrifft das die gleich anschließenden Flächen westlich der Heinrich-Heine-Straße, wo etwa 40 Grundstücke mit Einfamilienhäusern bebaut werden.

Die etwa 100 Mitstreiter der Bürgerinitiative sind derzeit dabei, mittels Einwänden gegen den bereits ausgelegten Bebauungsplan für Schönow noch zu retten, was zu retten ist. Im übrigen müsse auch die Infrastruktur mit Kita- und Schulplätzen sowie der Verkehrsinfrastruktur mit den Neubauten mithalten, meint Péter Vida, der zugleich im Landtag eine Anfrage zu den Genehmigungen für die Abrißarbeiten und Rodungen stellte.

Vorvorpremiere

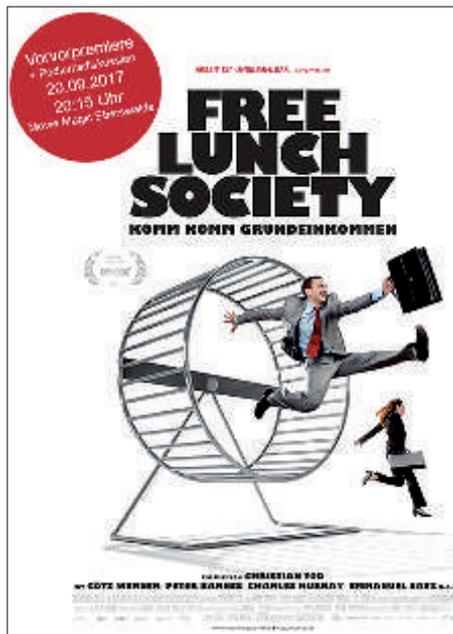
»FreeLunchSociety«

Dokumentation zum Grundeinkommen + Podiumsdiskussion am 20. September im Moviemagic Eberswalde

Am Mittwoch, dem 20. September, zeigen WandelBar, ALNUS e.V. und der Hebewerk e.V. um 20.15 Uhr den Film »FreeLunchSociety – Komm komm Grundeinkommen« im Eberswalder Kino (Moviemagic Eberswalde, Heegermühler Str. 25, 16225 Eberswalde). Der Film läuft hier bundesweit erstmals in einer Vorvorpremiere noch weit vor offiziellem Bundesstart.

Im Anschluß an den Film wird es eine Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Wirtschaft, Verwaltung, Bildung und Politik geben. Aufgrund unserer Erfahrungen zu vorangegangenen Filmen empfehlen wir eine Reservierung oder vorzeitigen Kauf der Kinokarten. Dies ist ab sofort im Moviemagic möglich.

CHRISTOFF GÄBLER



Was würden Sie tun, wenn für Ihren Lebensunterhalt gesorgt wäre?

FREE LUNCH SOCIETY als weltweit erster Kinofilm über das Grundeinkommen widmet sich einer der entscheidendsten Fragen unserer Zeit. Visionäres Reformprojekt, neoliberale Axt an den Wurzeln des Sozialstaates oder sozialromantisches linkes Utopia? Brauchen wir tatsächlich die Peitsche der Existenzangst, um nicht träge vor dem Fernseher zu verkommen? Oder gibt nicht deshalb die Erwerbsarbeit unserem Leben Sinn und sozialen Halt, weil wir es seit Jahrhunderten nicht anders kennen? Und weil wir nie gemeinsam die Freiheit hatten, uns anders zu verwirklichen? Der Film vermittelt Hintergrundwissen zu der Idee des Grundeinkommens und sucht nach Erklärungen, Möglichkeiten und Erfahrungen zu ihrer Umsetzung.

Dokumentarfilm von Regisseur Christian Tod (Österreich/BRD 2016).

Die Leidkultur

Das alte China gilt bei vielen als Beispiel für politische Stagnation. Eine beliebte Erklärung ist, daß das am Konfuzianismus lag.

Warum? Die Konfuzianer entwickelten eine Staatsphilosophie, die begründet, warum der »Edelmann« (junzi) die Entscheidungsgewalt haben sollte. Die Umgangsformen des »junzi« halten durch ihre Vorbildlichkeit den Staat zusammen, da sie andere dazu anhalten, sich ebenso zu verhalten.

Es ist unverkennbar, daß der »junzi«, was übersetzt Fürstensonnh bedeutet, Züge eines Grundbesitzers trägt. Man kann also sagen, Konfuzianismus ist ein Herrschaftsinstrument in dem Sinne, daß er die Bevölkerung loyal zum Grundherrn hält. Ein konfuzianischer Gelehrter legitimiert also durch die Vorstellungen von richtiger Kultur, für die er argumentiert, die Stellung der Herrschenden, der Grundbesitzer. Es ist eine Lehre, die von vornherein festlegt, wer regierungsfähig ist und wer nicht.

Folgt man diesem Gedanken, kann man die tiefere Wortbedeutung der »Leitkultur« erkennen. Wenn nämlich ein Kultursystem in den Augen der Herrschenden vor allem ein Mittel zur Legitimation ist, so sollten Herrschende versuchen, kulturelle Ideale zu fördern, die ihren Machtanspruch rechtfertigen.

Die »Leitkultur« ist also nicht die leitende Kultur, sondern die Kultur der Leitenden, welche diese gerne zum allgemeinen Standard erheben würden.

Unter dieser Prämisse erscheint das Papier zur Leitkultur des Innenministers THOMAS DE MAIZIÈRE in neuem Licht. Wenn man genau liest, zählt er vor allem Werte und Gewohnheiten auf, die das Ideal eines CDU-Politikers auszeichnen: Leistungsorientierung, hohe Allgemeinbildung, politische Korrektheit, klassische Musikalität, Christlichkeit, USA-Anbindung, Beziehungen zu Israel und das Schätzen dörflicher Traditionen (Kirmes etc.).

Warum steht da nichts über unsere traditionell starke Umweltbewegung? Oder mehr über den sozialen Ausgleich, praktisch der Grundgedanke unseres Wirtschaftssystems? Ein Schelm könnte meinen, weil das die Kernpunkte der Grünen und der SPD sind.

Mit dem Linienbus grenzenlos durch die Mark

Busse in Brandenburg? Da haben die meisten nur den Schülerverkehr vor Augen. Ein Netz landesbedeutsamer Buslinien aber könnte bestehende Mobilitätslücken schließen. Noch enden die meisten Buslinien an den Landkreisgrenzen, weil für die Bestellung des Busverkehrs die Landkreise zuständig sind. Unsere Fraktion fordert verlässliche Verkehrsverbindungen auch abseits der Schiene. Dabei sollen Buslinien Bahnlinien nicht ersetzen, sondern sinnvoll ergänzen. Deshalb haben wir das Beratungsunternehmen ETC Transport Consultants beauftragt, ein Konzept für landesbedeutsame Buslinien in Brandenburg zu entwickeln.

Die CDU hat also in der Kulturpolitik Ambitionen, ihre Parteistandards zu den allgemeinen öffentlichen Standards in Deutschland zu erheben. Die politische Nähe zu NATO und USA ist nach de Maizière ein grundlegendes Merkmal jedes Deutschen. Ich kann daran nichts allgemein Deutsches, sondern höchstens etwas allgemein Christ-Demokratisches erkennen. Man möchte also, daß sich die Leute einen guten Deutschen als einen CDU-Politiker vorstellen. Das ist ein Versuch, festzulegen, wer in der Lage ist, uns zu regieren. Denn jemand »Undeutsches« sollte ja wohl kaum Deutschland führen.

Ich habe persönliche Erfahrungen gemacht, wie so etwas ablaufen kann. In unserer Schule gab es zwei Kandidaten fürs Schülersprechertamt. Der eine entsprach dem CDU-Typus, der andere absolut nicht, da er oft unkonventionelle Ideen hatte und mit seinem Verhalten aktiv aneckte. Nichtsdestotrotz war er ein intelligenter Kerl, auf jeden Fall jemand mit einem eigenem Kopf, was man von seinem Konkurrenten als Lehrerliebling nicht gerade behaupten konnte. Das Schulpersonal aber versuchte aktiv, seine Wahl zu verhindern. Sie begründeten das damit, daß er kein gutes Aushängeschild für die Schule sei, was vielleicht sogar stimmte. Das Perfide war, daß sie es taten, indem sie den anderen als Vorbild für politische Gesinnung hinstellten und uns zur Ansicht bringen wollten, daß es Wahnsinn wäre (das wurde tatsächlich gesagt), den anderen zu wählen. Sie versuchten also schon früh, in uns das Bild eines »vernünftigen« Politikers zu prägen. Bei vielen waren sie erfolgreich, denn der Unkonventionelle wurde nicht gewählt.

Das Schlimme ist, daß man damit tatsächlich die Menge der akzeptablen Weltanschauungen immer weiter verkleinert, ohne daß die Menschen es merken. Man verbietet oder unterdrückt sie nicht, man bringt sie einfach in Mißkredit. Man sollte aber sehr aufpassen, daß nicht immer die gleichen Leute regieren.

PAUL PFAFF, Jena

Im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe »Grenzenlos durch die Mark – ÖPNV durch landesbedeutsame Buslinien ergänzen« geht es am 13.9.2017 um 18 Uhr in der Kulturbühne »Goldener Löwe« in Wandlitz (Breitscheidstraße 18) um den Korridor Oranienburg-Wandlitz-Bernau.

Ingolf Berger (ETC Transport Consultants GmbH) und Michael Jungclaus (verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag) informieren über die Einzelheiten, über die anschließend diskutiert werden kann.

TOBIAS ARBINGER

Wahlkampf – Programme – Lügen

Am 24. Sept. dürfen wir wieder mal wählen und unsere Stimme »abgeben«. Danach haben wir – ohne Stimme – dann vier Jahre lang wieder nichts mehr zu sagen. Die Parteien und Wählervereinigungen »machen Wahlkampf«.



Die Kandidaten der Einheitsregierung kämpfen mit den widrigsten Umständen.

Sie werben für sich mit sogenannten Programmen. Es gilt: Selten wird mehr gelogen als im Krieg, vor der Ehe und vor Wahlen. Spätestens wenn das erstrebte Ziel Regierungsbeteiligung erreicht ist – das hat der immer noch Hoffnungsträger vieler ehemaliger DDR-Bürger die Partei »DIE LINKE« eindrucksvoll bewiesen – ist das Programm, mit dem man auf Stimmenfang gegangen ist, nur noch Makulatur. Es gilt nur noch der Koalitionsvertrag. Bei der Partei mit dem großen C (das bedeutet christlich) ist das nicht anders. Als Regierungspartei war man für Kommunalreformen, jetzt als sog. Opposition, ist man dagegen – natürlich nur bis zur nächsten Regierungsbeteiligung. Jeder Wähler sollte das wissen.

Das große S im Parteinamen soll sozial und demokratisch heißen. Wer das immer noch glaubt, muß sich wohl einen ziemlich niedrigen IQ (Intelligenzquotient) zurechnen lassen. Diese Partei, die sich sozialdemokratisch nennt, hat mit der Erfindung von »Hartz IV« die Armut per Gesetz eingeführt und den Niedriglohnsektor ausgeweitet. Wer nicht Hartz IV-Empfänger werden will, der arbeitet auch für Niedriglohn! So funktioniert das mit dem »Sozialen«. Unter demokratisch verstehen diese Leute, daß sie machen können, was sie wollen, jedenfalls solange sie auf Regierungssesseln sitzen, denn, so sagen sie, sie handeln im Namen der Mehrheit.

Na dann wähle ich doch diesmal »grün« oder »gelb« – so wird manch einer sagen. Nachhaltig, naturverbunden und liberal, das hört sich doch gut an! Wer das glaubt, hat leider dabei übersehen oder nicht gemerkt oder nicht merken wollen, daß sich auch diese Parteien kaum noch von ihren großen Geschwistern unterscheiden – jedenfalls sobald sie das Glück hat-

ten, mitregieren zu dürfen. Wenn sie es nicht mehr geschafft und gar nicht einmal mehr einen Abgeordnetensitz ergattert haben, dann erleben wir es immer wieder, daß die Möchtegern-Abgeordneten plötzlich auf gut dotierten Geschäftsführer- oder Verwaltungsposten sitzen. Da hat sich doch der Wahlkampf mit den schönen Versprechungen (oder waren die Lügen nur Versprecher?) gelohnt!

Es gehört zum guten Ton, für Wahlbeteiligung zu werben. Die lebenslang schlechten Erfahrungen haben vielen Wählern die Hoffnung genommen. Sie haben kein Vertrauen mehr – Grundlage für einen Wahlboykott. Trotzdem: Die Hoffnung stirbt zuletzt! Lassen wir sie nicht sterben! Geben wir denjenigen Kandidaten und Parteien unsere Stimme, die bewiesen haben, daß sie uns auch dann noch anhören und vertreten, wenn sie gewählt sind – es gibt sie!

JOHANNES MADEJA, Freie Wähler Schorfheide

Finower Oktoberfest

Vom 22.-24. September findet in Finow das »Große Finower Oktoberfest« statt.

Auf dem Festplatz am Schwanenteich (Marktstraße 4) lädt Freitag und Samstag ab 14 Uhr, sowie Sonntag ab 11 Uhr der Stadtteilverein Finow e.V. gemeinsam mit dem Event- und Cateringbüro PHÖNIX aus Hoppegarten zu Spiel, Spaß, Unterhaltung, Schlemmermeile und Kinderrummel ein.

Eine Autoschleife, ein kleines Sandmann-Nostalgiekinderkarussell, ein Trampolin und Wasserbälle zum Toben für die Kids stehen bereit. Einige Spielbuden vervollständigen das Gesamtbild.

Rund um das Festzelt werden Stände mit verschiedensten Speise- und Getränkeangeboten aufgebaut. So wird es u.a. Uckermärker Bratwurst und Flößerfrikadellen aus der Flößerstadt Lychen vom Grill, frische Backwaren wie Crepes, Quarkbälle und Waffeln sowie Champignons nach Barnimer Rezept geben. Außerdem sorgen für das leibliche Wohl weiterhin Fischbrötchen, Backfisch, Fischsuppe und frisch geräucherte Fischspezialitäten von der Prenzlauer Fischerei sowie Stände mit Knobibaguette, Schafskäse im Fladenbrot und gebrannten und kandierten Früchten. Selbstverständlich werden auch die Oktoberfesttypischen Lebkuchenherzen nicht fehlen.

Im dekorierten Festzelt (mit ca. 400 Sitzplätzen) bekommt der Besucher bei Oktoberfestbier im Maßkrug selbstverständlich Haxe mit Sauerkraut, Schlachteplatte und Brez'n.

VIKTOR JEDE

Programm

Fr.: 14-18 Uhr »Familientag« (Die Schausteller laden zu ermäßigten Fahrpreisen)

19-24 Uhr »Gaudi, Bier und Party« mit den GEBRÜDERN BLATT-SCHUB (Kreuzberger Nächte sind lang) und einem Wies'n DJ

Sa.: 16-17 Uhr Kinderprogramm

19-01 Uhr »Oktoberfestparty« mit den PARTYMÄCHERN und Wies'n DJ

So.: 11-16 Uhr Frühschoppen mit der Band CHILI
Der Eintritt ist frei.



Lesungen im Choriner LandSalon

Die Lesung mit ULLA PLENER am 2. September im Choriner LandSalon (Bahnhof Chorin) befaßte sich mit dem Leben ihrer Mutter Marie-Luise Plener-Huber, eine Kommunistin, Antifaschistin und Mitglied in der Resistance, die später in der DDR als Journalistin gearbeitet hat.

Ulla Plener, Jahrgang 1933, wuchs in der Sowjetunion im internationalen Kinderheim auf und studierte später in Moskau Geschichte. In der DDR hat sie am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED als Historikerin gearbeitet und sich mit der SPD befaßt. Nach der Wende erforschte sie u.a. die Geschichte der deutschen Frauen in der Resistance und befaßte sich mit den Biographien der Emigrantinnen in der SU, die den stalinistischen »Säuberungen« zum Opfer gefallen sind.

Nach dieser ersten Lesung der Reihe »Jenseits aller Hagiographie – antifaschistische Lebensläufe« folgt am 18. Oktober die zweite. Es ist genau der 28. Jahrestag der »Entmachtung« von Generalsekretär Erich Honecker. Der steht im Mittelpunkt des Buches von MARTIN SABROW. Allerdings geht es nicht um einen anderen Zeitabschnitt. Der Autor liest aus der von ihm verfaßten Biographie des jungen »Erich Honecker – das Leben davor. 1912-1945«.

HARTMUT LINDNER

Historische Dorfstraße in Klandorf:

Nach der Abstimmung ist vor der Abstimmung

von Lutz Paproth

Es geht um die richtige Entscheidung, nicht um Sieg oder Niederlage. Zwei Drittel der betroffenen Anlieger haben Mitte Juli den Erhalt und die Instandsetzung der Klandorfer Dorfstraße als kostengünstigste Sanierungsvariante für rund 90.000 Euro gewählt. Zugleich wurde dem vom Bürgermeister und dem Ortsvorsteher von Klandorf (beide Bündnis Schorfheide) gewollten Hocheinbau in der Luxusvariante (bis zu 645.000 Euro) eine Absage erteilt. Diese Entscheidung der Anwohner ist vernünftig und richtig. Sie entspricht dem Ende 2014 beschlossenen Leitbild der behutsamen erhaltenden Erneuerung für das historische Ortsbild von Klandorf.

Mit diesem Ergebnis eines bereits seit drei Jahren währenden Auseinandersetzungsprozesses der Klandorfer mit der Gemeinde Schorfheide werden durch die Einwohner folgende Ziele bestätigt:

- Das wertvollste Gut, die allseits sehnlich herbeigewünschte Wiedereinkehr des gemeinschaftlichen Friedens über Klandorf, wird nachhaltig gesichert.

- Bewahrung des baukulturellen Erbes einer 117jährigen authentischen Pflasterstraße im Biosphärenreservat Schorfheide,

- Erhalt des einmaligen Klandorfer Ortsbildes für Einwohner, Besucher und die Nachwelt,

- Werterhalt der Grundstücke und Häuser für die Eigentümer,

- Sicherheit der Kinder, Eltern mit Kinderwagen und älteren Mitbürger, die den Straßenraum gemeinsam mit anderen Verkehrsteilnehmern auch für soziale Begegnungen und als Spielfläche benutzen.

Das sind exakt die Ziele, die als »Bewertungskriterien zum Variantenvergleich« auch durch die Arbeitsgruppe Moderation Klandorf unter Leitung von Prof. Jürgen Peters (HNE Eberswalde) seit dem 8. Mai in Verbindung mit der Anliegerversammlung am 14. Juni herausgearbeitet wurden. Der AG gehören auch der Bürgermeister, die Vorsitzenden aller Fraktionen der

Gemeindevertretung, der Ortsvorsteher, der Vorsitzende des Bauausschusses, Verwaltungsangestellte der Gemeinde und Vertreter der Bürgerinitiative/Bürgerschaft von Klandorf an.

Externe Beobachter der Geschehnisse um die Dorfstraßen in Klandorf bis in das Ministerium des Landes werten den Prozeß und das Abstimmungsergebnis als Leuchtturm-Projekt für Bürgerbeteiligung und demokratische Entscheidungsfindung auf lokaler Ebene im Land Brandenburg.

Die letzte politische Entscheidung liegt bei den Gemeindevertretern und zwar namentlich bei denen des Bündnisses Schorfheide. Sie wohnen verstreut in den gemeinsam unter »Schorfheide« verwalteten Dörfern und haben in der Regel wenig persönlichen Bezug zu Klandorf und Interesse an den alten Straßen. Das Bündnis des Bürgermeisters hat aber die Mehrheit in dem Entscheidungsgremium. Die Haltung dieser Fraktion ist derzeit unklar. Einzelne Mitglieder haben uneinheitliche Meinungen vor und unmittelbar nach der Bürgerabstimmung kundgetan. Der Bürgermeister hielt sich in der Gemeindeversammlung am 12. Juli bedeckt.

Die Fraktionsvorsitzenden der Opposition im Gemeinderat Dr. Andreas Steiner (Freie Wähler/BKB), Stephan Reimann, Klaus Dietzel (Wir/Bündnis 90/Grüne) und Manfred Till-

mann (DIE LINKE) haben längst Stellung bezogen: Sie stehen auf der Seite der Klandorfer Bürger, die mit der zu ihrem Dorf passenden Straße leben wollen. In einer prekären Konfliktlage waren diese Politiker die Initiatoren des einstimmig durch alle Gemeindevertreter am 21. März 2017 befürworteten Beschlusses für ein wissenschaftlich begleitetes diskursives Verfahren zur Entscheidungsfindung. Moderation und Konfliktmanagement durch Jürgen Peters waren erfolgreich, bis jetzt.

Der Bürgermeister und der Ortsvorsteher von Klandorf befinden sich in einer isolierten Position, sofern sie sich nicht in letzter Minute doch noch zu einem Perspektivwechsel entschließen. Das wäre die klügere Option, die Respekt verdiente. Wenn sie dagegen weiter an einem Straßenausbau festhalten wollen, kommt es auf die übrigen Vertreter des Bündnisses an: Ist es ratsam, das eigene politische Schicksal weiter mit dem Bürgermeister zu verknüpfen, der für 2019 ohnehin seinen Abschied erklärt hat?

Wir haben den Bürgermeister aufgefordert, fairerweise den Fraktionszwang aufzuheben und den Mitgliedern des Bündnis Schorfheide die individuelle Entscheidung – oder auch Enthaltung – nach gewissenhafter Abwägung der Sachargumente zu gestatten.

Keine Fusion von Werneuchen und Amt Falkenberg

Die Wählervereinigung BVB/Freie Wähler stellt sich entschieden gegen die derzeit kursierenden Pläne zur Fusion der Stadt Werneuchen mit dem Amt Falkenberg-Höhe. Es handelt sich um vorschnelle Zugeständnisse ohne jede Not, die die Bürger verunsichern. Die Ursachen der Verunsicherung sehen wir in der Informationspolitik der Landesregierung zur Kreisstrukturreform, die Androhung von Zwangszusammenlegungen und die Festlegung von willkürlichen Mindesteinwohnerzahlen je Verwaltungseinheit. Die vom Innenministerium vorgelegten Bevölkerungsprognosen sind nachweislich falsch, da mittlerweile entgegen dieser Einschätzung die Einwohnerzahlen sich in vielen Gebieten erhöht haben. Es ist zu begrüßen, die Bevölkerung über mögliche Strukturveränderungen zu informieren und sie auf diese vorzubereiten. Allerdings entbehrt derzeit die Fassung von Beschlüssen zur freiwilligen Zusammenlegung jeglicher Grundlage. Die Frage zur dann gewünschten Kreiszugehörigkeit wurde gar nicht gestellt.

1. Das Volksbegehren »Kreisreform stoppen« ist gerade erst gestartet. Da von dessen Erfolg der Neuzuschnitt der Landkreise und auch eine mögliche weitere, von Rot-Rot geplante Gemeindegebietsreform abhängt, wäre es fair, die Meinungsbildung der mündigen Bürger abzuwarten, bevor die Politik Fakten schafft.

2. Das Innenministerium hat erst vor wenigen Wochen mitgeteilt, daß es die Funktionalreform II, nämlich den Neuzuschnitt der Aufgabenverteilung zwischen Kreisen und Gemeinden, verschiebt und neu plant. Es ist daher operativ gar nicht möglich, zum jetzigen Zeitpunkt zu bestimmen, in welchen Strukturen gearbeitet werden wird. Den Zuschnitt einer Großgemeinde kann man sinnvollerweise erst bestimmen, wenn man die Aufgabenfülle kennt.

3. Die Wählervereinigung BVB/Freie Wähler setzt mit seinem Alternativkonzept gegenüber den Fusionen auf interkommunale Zusammenarbeit. Diese kann punktuell Aufgabenbündeln, wobei die von den Bürgern gewählte

Vertretung bei jeder Gemeinde basisdemokratisch erhalten bleibt. Dies ist gerade für Orte im ländlichen Raum der richtige Weg.

Deswegen lehnen wir vorschnelle Fusionspläne zum Nachteil der betroffenen Verwaltungseinheiten, nämlich Stadt Werneuchen und die zum Amt Falkenberg-Höhe gehörenden Gemeinden, strikt ab und appellieren, keine Maßnahmen ohne direktdemokratische Einbindung der Einwohner zu ergreifen.

*KNUT KOALL, Gemeindevertreter Falkenberg und Kreistagsabgeordneter MOL
PÉTER VIDA, Landtagsabgeordneter und Kreistagsabgeordneter BAR*

Kostenfreie Rentensprechstunde

Rentenempfänger erhalten an jedem zweiten Mittwoch im Monat Hilfe von der Brandenburgischen Renteninitiative beim Lesen ihrer Rentenbescheide und Formulieren von Widersprüchen. Die nächsten Sprechstunden sind am 13.9. und am 8.11., jeweils von 10 bis 12 Uhr, bei der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz), in Eberswalde. **ANDREA HOEHNE**

Neubau ist kaum zu begründen

Historische Dorfstraße in Klandorf

Auf jeden Fall wird es äußerst schwierig werden, ein Festhalten am Straßenneubau vernünftig zu begründen. Die oben aufgezählten Ziele sind mit dem Ausbau nicht vereinbar. Welche Argumente der Neubaubefürworter könnten für eine Abwägung noch übrig bleiben? Halten sie einer maßgeblichen Prüfung durch Dritte stand?

Argument Neubau Nr. 1: »Eine Finanzierung des Ausbaues durch Anliegerbeiträge und öffentliche Straßenbauförderung bei Einsatz relativ geringer Eigenmittel aus dem Gemeindehaushalt rechnet sich. Die Gemeinde kann viel neue Straße billig mit dem fremden Geld der Eigentümer und der Steuerzahler ernten.«

Diese Rechnung funktioniert aber nicht immer und bedingungslos. Bei der Fallbetrachtung für Klandorf ist das Ergebnis der Überprüfung äußerst zweifelhaft: Gerichte haben entschieden, daß der Anspruch auf Erhebung von Anliegerbeiträgen verloren gehen kann, wenn Kommunen ihrer Verpflichtung zur laufenden Instandhaltung nicht ausreichend nachkommen. Voraussetzung für die zweite Finanzierungs Komponente der öffentlichen Förderung ist regelmäßig die Notwendigkeit bzw. Sinnhaftigkeit der geplanten Maßnahme. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die rechtliche Prüfung der Bedingungen beider vorgenannter Teilfinanzierungen zum Einsturz des gemeindlichen Finanzierungsmodells für den Neu-/Ausbau der Dorfstraße führen würde.

Argument Neubau Nr. 2: »Wenn wir als gewählte Vertreter die Mehrheitsmeinung der Bürger (auch) vertreten, können wir gar keine Neubauten mehr beschließen.«

Das ist ein merkwürdig paradoxes Verständnis von Demokratie für einen Bürgervertreter, nachdem er für eine begrenzte Zeit vom Bürger zur Wahrung von dessen Interessen gewählt wurde. Tatsächlich besteht für dieses Argument keinerlei kausaler Zusammenhang. Selbstverständlich muß jeder Einzelfall gesondert auf örtlich gegebene Grundlagen, Anforderungen und Ziele der Planung untersucht und sorgfältig abgewogen werden, bevor eine fundierte Entscheidung politisch getroffen werden kann. Die Bürger sollen in jedem Fall immer frühzeitig an Planungen und Entscheidungen beteiligt werden.

Das Verfahren der Mitwirkung in Klandorf ist vorbildlich, die Gemeindebeschlüsse für ein Gutachten und die Moderation durch Experten waren notwendig, sinnvoll und wegwei-

send. Natürlich gibt es daneben weiterhin Fallkonstellationen, bei denen ein Neubau nach Voruntersuchung aus technischen und anderen Gründen sinnvoll und/oder notwendig sein kann. Der mögliche Erhalt sollte aber immer Vorrang vor einem Neubau haben, deswegen ist die laufende Instandhaltung so wichtig. Die Mitwirkung der Bürger schränkt die Entscheidung der politischen Vertreter nicht ein, sondern verbessert die Qualität ihrer Entscheidung.

Argument Neubau Nr. 3: Der Bürgermeister spricht gerne von »OB und WIE« gemäß Bürgerbeteiligungssatzung.

In der Satzung allerdings steht davon nichts. Das »OB« – nämlich die Notwendigkeit einer Sanierung – wurde durch die Gemeindevertreter bereits 2015 durch den Beschluß zur Beauftragung des Gutachtens mit der Leistungsbeschreibung entschieden. Es sollten ausdrücklich Alternativen zum Neubau untersucht werden. Die Gemeinde hat den betroffenen Bürgern 5 Varianten des »WIE« der möglichen Straßensanierung schlüssig zur Auswahl angeboten. Die Bürger haben die Variante 1 (Erhaltung mit Instandsetzung) mit erdrückender Mehrheit ausgewählt und dieses Angebot angenommen. Damit ist wiederum ein Tatbestand des sogenannten Vertrauensschutzes geschaffen worden, soll heißen: Die Bürger müssen sich auf ernstgemeinte Handlungen einer ordnungsgemäßen und zuverlässigen Verwaltung verlassen können.

Alle diese Argumentationen der Neubaubefürworter – soweit es solche denn im Bündnis Schorfheide noch geben sollte – sind fragwürdig und können nicht überzeugen. Vor allem aber: Wenn Neubau gegen die Bürger und gegen alle Erkenntnis und Vernunft doch noch durchgesetzt werden soll, führt das direkt zu komplettem Vertrauensverlust, erneutem Unfrieden und zu einem ausufernden Desaster. Eines muß den Bündnispolitikern vorher klar sein: Für all diese absehbaren und möglichen Folgen wird gleichzeitig auch die persönliche politische Verantwortung übernommen.

Zeit- und Ablaufplanung

Vor der Abstimmung in der Gemeindevertreterversammlung wird es eine Beschlussempfehlung der Arbeitsgruppe Moderation geben, möglicherweise schon in der nächsten Sitzung am 21. September. In diesem Fall wäre die Grundlage für die Abstimmung mit Beschluß zur Instandsetzung der Dorfstraße und des Entwässerungssystems durch die Gemeindevertreter am 27. September gegeben. Wenn der Punkt Dorfstraße abgehakt ist, kann das mit dem Bürgermeister vereinbarte Moderationsverfahren zu den noch anstehenden Themen in Klandorf zügig fortgeführt werden: Gestaltung des Ortszentrums in Verbindung mit dem Busverkehr, Instandsetzung der Pflasterstraßen Bergstraße und Marienwerder Weg/Papiermühlenweg.

Ein Blick aus meinem Fenster

Unterdessen stürzen die Wassermassen des Starkregens die Bergstraße herunter, ergießen sich auf die Dorfstraße und weichen das seitliche Pflaster auf. In die von der Gemeinde vor vielen Jahren gebauten Mulden gelangt kein Tropfen, weil jede regelmäßige Instandhaltung und Pflege unterlassen wurde. Ein kleiner Grashügel um die Ränder der Mulden hindert das Einfließen des Wassers. Die Beseitigung benötigt einen lächerlich geringen Aufwand. Lieber aber sieht die Gemeinde der fortschreitenden Zerstörung unserer Dorfstraßen tatenlos zu. Nicht nur die Bürgerinitiative und die Gutachter mahnten wiederholt nachdrücklich Handlungsbedarf an. So sieht die traurige tägliche Wirklichkeit aus in Klandorf. Seit vielen, vielen Jahren.

»Wenn die Klandorfer für die Instandsetzung stimmen, machen wir an der Straße gar nichts und sie bleibt, wie sie ist«, so haben sich zwei maßgebliche Bürgervertreter des Bündnisses Schorfheide unlängst noch positioniert. Es bleibt also ein Gefühl von ratlos bis spannend.

LUTZ PAPROTH
für die Bürgerinitiative zum
Erhalt der historischen Dorfstraßen in Klandorf

Hinter die Kulissen blicken: Mittwoch, 13. September, 17 Uhr im »Café am Weidendamm« in Eberswalde, Schicklerstr. 4

Diskussionsveranstaltung

mit Wolfgang Herrmann, einst Aufbauhelfer in Nicaragua zum Thema:

Was können die europäischen Linken von den lateinamerikanischen Linken lernen?

RotFuchs-Förderverein e.V., Regionalgruppe Eberswalde/Umgebung

Von Fach zu Fach: Stadtgeschichte in Tafeln

Eberswalde (bbp). Am diesjährigen Tag des offenen Denkmals referierte im Eberswalder der Bauhistoriker Thomas Sander über die Holzbildtafeln im Museum Eberswalde, einen Schatz der Kulturgeschichte, wie Museumsleiterin Birgit Klitzke verdeutlicht.



In den Jahren 1863 bis 1912 entstehen für den Vorschuss-Verein zu Neustadt-Eberswalde, die spätere Credit-Bank Eberswalde, 65 auf Kiefernholz gemalte Ölbilder. Sie schmückten bis zum Umzug in das Gebäude »Mundtshof«, Schicklerstraße 1, die Briefablagekästen der Bank. Als Schenkung gelangen die kulturhistorisch wertvollen Holzbildtafeln 1931 in den Besitz des Museums.

Diese einzigartige Bilddokumentation überliefert neben bekannten Ansichten auch weniger Bekanntes von Eberswalde und Umgebung. Das Museum Eberswalde zeigt 54 Bildtafeln in der aktuellen Dauerausstellung.

Straßenfest in der Ruhlaer

Von und für kleine und große Eberswalder

Die Ruhlaer Straße in Eberswalde ist eine lebendige Straße. Hier existieren unter anderem ein Laden für regionale Lebensmittel, eine Galerie, eine Keramikwerkstatt, eine Werkstatt, in der man Unterstützung dabei findet, sein Fahrrad selbst zu reparieren, sowie eine originale Eckkneipe. Junge, alte, zugezogene und alteingesessene Eberswalderinnen und Eberswalder leben hier zusammen. Dieser bunt gemischte Kiez soll erhalten bleiben und weiter entwickelt werden – diese Aufgabe haben sich auch die Organisatorinnen und Organisatoren des Straßenfests zum Ziel gesetzt.

Neben kulinarischen Köstlichkeiten, einem Kinderprogramm, einem Flohmarkt sowie weiteren interessanten Stationen, dürfen die Besucher sich auf besondere Programmpunkte freuen. Den Auftakt macht eine »Kakao-Zeremonie«, zu der sich Interessierte bitte bis zum 22. September anmelden (Strassenfest-EW@freenet.de oder 01577/4314009) Auch eine Podiumsdiskussion mit verschiedenen politischen Akteuren zu ökosozialen Themen ist geplant. Die Bühne, auf der unterschiedlichste kulturelle Beiträge zu erleben sind, soll an diesem Tag auch für Gäste des Fests offen sein. Sowohl zur Lesung im Hinterhof, als auch zur Jamssession, sind Interessierte herzlich zum Mitmachen eingeladen.

NICOLE MATZKE

Ruhlaer Straße · Eberswalde · 23.9. · 13-20 Uhr
www.strassenfestegerswalde.wordpress.com

Anzeige

Infos zum Thema URAN-MUNITION

www.uran-munition.de
www.ippnw.de/frieden/uranmunition.html

Filme auf YouTube:

Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra
www.youtube.com/watch?v=ERMabAyg4X0
Deadly Dust – Todsstaub Uran-Munition und die Folgen
www.youtube.com/watch?v=vXHfburcDEg

Repair Café

Hast du einen kaputten Toaster oder ein anderes defektes elektrisches Kleingerät? Im REPAIR CAFÉ in der Havellandstraße 15 kannst du diese elektrischen Geräte unter Anleitung reparieren und somit aktiv etwas für den Klimaschutz und gegen die allgegenwärtige Wegwerfmentalität tun. Anschließend geht es zum Sixto-zero, dem Treffpunkt für alle Techniker, Bastler, IT affine Menschen und Nerds.

Wann und wo? Jeder dritte Freitag im Monat von 15-18 Uhr, Hebewerk e.V., Havellandstraße 15, 16227 Eberswalde (1. Stock im OT Brandenburgisches Viertel). Nächster Termin: 15. September 2017, 15-18 Uhr.

CHRISTOFF GÄBLER

Kretschmann/Behm: Mulch total, 5. Auflage

Nunmehr steht es fest: Die langerwartete Neuauflage des Klassikers von Kurt Kretschmann und Rudolf Behm in überarbeiteter und deutlich erweiterter Fassung wird nach Auskufft des Verlages OLV – ORGANISCHER LANDBAU VERLAG KURT WALTER LAU im Herbst 2017 in die Buchhandlungen kommen.

Mulch total – Ein Weg in die Zukunft
Von KURT KRETSCHMANN und RUDOLF BEHM
256 Seiten mit 91 Farbbildungen,
13 Diagrammen und 6 Tabellen
Format 14,8 x 21,0 cm. Softcover.
ISBN 978-3-922201-18-2

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 6. September 2017

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 4. Oktober 2017.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonent/in _____

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)